

INHALT

3 EDITORIAL

4 ZUSAMMENFASSUNG

5 KONJUNKTURELLE LAGE

- 6 Heterogene Wirtschaftsentwicklungen
- 7 Moderates Wachstum der Schweizer Wirtschaft
- 9 Miserable Konsumentenstimmung
- 10 Rückläufiger Aussenhandel
- 11 Widerstandsfähiger Arbeitsmarkt

12 STIMMUNG IM AARGAU

- 12 Unerwartet optimistische Aussichten
- 14 Ausgeprägte Preiserhöhungen im In- und Ausland
- 17 Uneinheitliche Rückmeldungen aus der MEM-Industrie
- 19 Markante Umsatzsteigerungen im Dienstleistungssektor
- 23 Stellenabbau scheint wohl unvermeidbar
- 24 Arbeitnehmer mussten 2023 stagnierende Reallöhne hinnehmen
- 26 Die Energiekrise ist noch nicht ausgestanden
- 29 Arbeitskräftemangel trotz Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt

31 STANDORTQUALITÄT AARGAU

- 31 Standortqualität im Kanton Aargau
- 32 Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal

34 Methodik

35 Impressum



Beat Bechtold
Direktor

Angespannte Lage

Die aktuelle Lage lässt nur wenig Optimismus zu: andauernder Ukraine-Krieg sowie die Konflikte im Nahen Osten, erneut mit Auswirkungen auf die globalen Lieferketten. Dazu kommen weitere Risiken und Unsicherheiten wie eine mögliche Energiemangellage, die kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA mit Aussicht auf weiterschreitenden Protektionismus. All diese Faktoren sowie die demografische Entwicklung mit ihren Herausforderungen für den Arbeitsmarkt dürften die allgemeine Teuerung weiter anheizen.

Die Aargauer Wirtschaft ist grundsätzlich gut aufgestellt – besser als das internationale Umfeld. Dennoch ist die derzeitige Baisse aufgrund der starken Verflechtung unserer Wirtschaft mit dem Ausland auch hier deutlich spürbar. Vor diesem Hintergrund erstaunt umso mehr, dass die Rückmeldungen der Teilnehmenden der diesjährigen Wirtschaftsumfrage mehrheitlich positiver ausfallen, als dies zu erwarten war. Bei genauerer Betrachtung ist jedoch ebenfalls erkennbar: Die exportierende Industrie macht schwere Zeiten durch. Und wenn es den exportorientierten Unternehmen in ihren wichtigsten Absatzmärkten schlecht geht, drückt dies auch auf das Schweizer Geschäft.

Ein nachhaltiges Rezept, um diese Abwärtsspirale zu stoppen: mehr liberale Wirtschaftspolitik statt zunehmende Abschottung. Konkret: Das Arbeitsrecht auf die veränderten Umstände anpassen und die Arbeitszeitvorschriften liberalisieren. In die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden investieren und gleichzeitig offen sein für ausländische Arbeitskräfte. Die Beziehungen zu den bestehenden Geschäftspartnern pflegen und parallel weitere Märkte erschliessen.



Dominik Matter
Volkswirt bei
Fahrländer Partner
Raumentwicklung



Lorin Sidler
Volkswirt bei
Fahrländer Partner
Raumentwicklung

Globale Wachstumsschwäche, lokale Auswirkungen

Die Resultate der im Auftrag der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) von Fahrländer Partner Raumentwicklung durchgeführten Wirtschaftsumfrage 2024 zeugen von einer grundsätzlich guten Stimmung.

Trotz einer Vielzahl von Widrigkeiten wird die allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres sowohl im Rück- als auch im Ausblick als weitgehend positiv beurteilt, wenn auch weniger optimistisch als in den zwei vorangegangenen Wirtschaftsumfragen.

Grund dafür ist die stagnierende Wirtschaftsdynamik nach den zwei Erholungsjahren 2021 und 2022. Die abkühlende Konjunktur im In- wie im Ausland, die Preissteigerungen in beinahe allen Branchen und die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt erweisen sich als zentrale Belastungsfaktoren. Die Rückmeldungen aus dem Dienstleistungssektor fallen vor diesem Hintergrund etwas positiver aus als diejenigen aus dem Verarbeitenden Gewerbe.

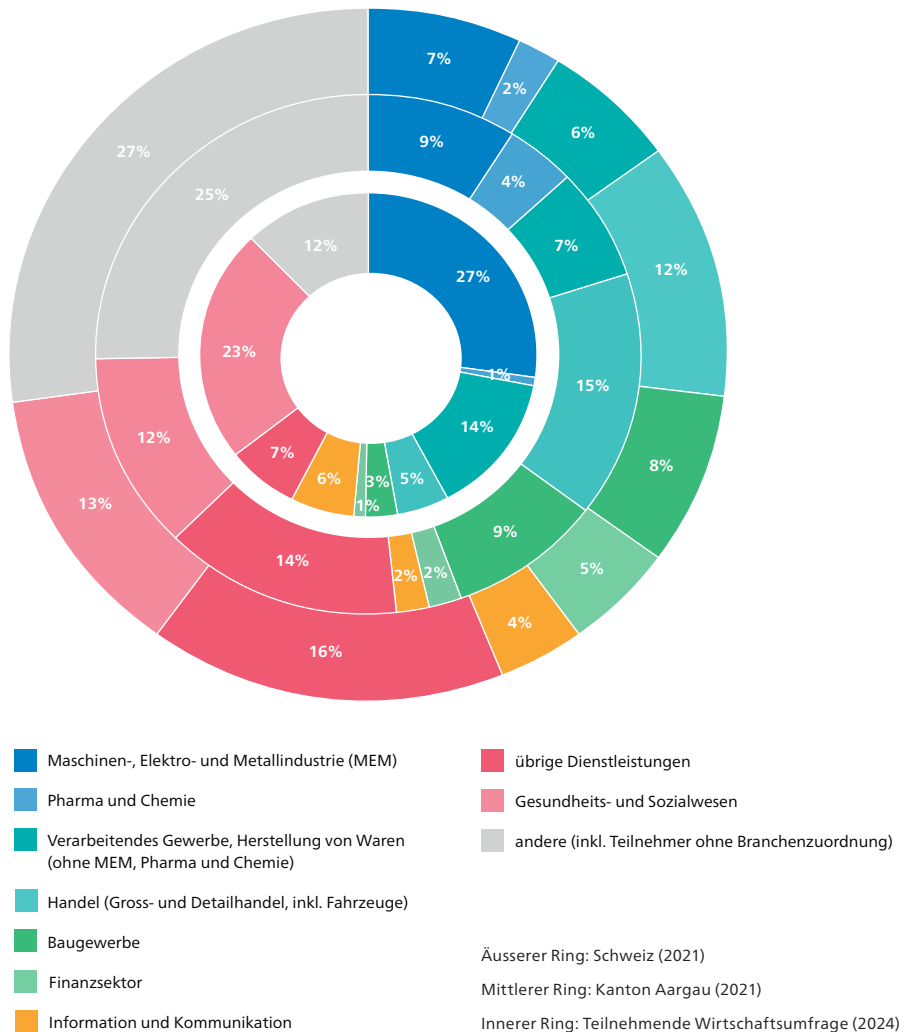
Auch wenn die Schweiz bezüglich der Rahmenbedingungen im internationalen Vergleich besser dasteht, hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung nimmt sie keineswegs eine Sonderstellung ein. Mit prognostizierten 1,3 Prozent wird das Wirtschaftswachstum 2023 niedriger als im Vorjahr ausfallen. Es verharrt auch unterhalb des längerfristigen Potenzialwachstums, welches laut der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) mit 1,6 Prozent beziffert wird.

Auf den ersten Blick erlauben die aktuellen Verhältnisse nur wenig Optimismus, denn neben der angespannten wirtschaftlichen Lage belasten geopolitische Risiken die Stimmung zusätzlich. Und auch wenn sich die Konjunktur im Laufe des Jahres 2023 sowohl in der Schweiz als auch im Euroraum den Umständen entsprechend gut entwickelt hat, weisen einige Länder – allen voran Deutschland – weiterhin eine schwache Wachstumsdynamik auf.

In der Schweiz steht gegenwärtig besonders der Industriesektor unter Druck, welcher stark auf den Export ausgerichtet ist. Deutlich besser läuft es hingegen im Dienstleistungssektor, gestützt vom Konsum der privaten Haushalte. Dank der soliden Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie der intakten Zuwanderung wächst der Gesamtkonsum der privaten Haushalte – trotz miserabler Konsumentenstimmung. Die Aussichten in diesem Zusammenhang sind jedoch eingetrübt, denn die Lebenshaltungskosten werden 2024 weiter steigen und die angespannte

Abb. 1
Vergleich Branchenstruktur Schweiz und Aargau (2021) sowie
Branchenstruktur der teilnehmenden Unternehmen (2024)
 Vollzeitstellen in Prozent

Quelle: AIHK, BfS, Fahrländer Partner



Heterogene Wirtschaftsentwicklungen

Insgesamt hat sich die Weltwirtschaft 2023 stabil entwickelt, einige Länder verzeichnen aber nach wie vor eine schwache Dynamik

Konjunktur macht sich zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Insgesamt sind die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft deutlich besser als in den meisten anderen Ländern. Nichtsdestotrotz können Krisen in wichtigen Exportmärkten auch das hiesige Wachstum beeinträchtigen.

Die Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2023 vor dem Hintergrund breit gefächelter Herausforderungen wie dem starken Inflationsdruck sowie diverser geopolitischer Spannungen auf den ersten Blick gut geschlagen. Auf den zweiten Blick ist jedoch eine grosse Heterogenität bei der Entwicklung einzelner Märkte auszumachen: Während das Wirtschaftswachstum primär in den USA und in China die Erwartungen übertrafen hat, sieht die konjunkturelle Lage im Euroraum weniger rosig aus. Unter anderem in Deutschland kommt der Industriesektor nicht auf Touren: Nach einem leicht negativen Wirtschaftswachstum im Jahr 2023 wird dort für das aktuelle Jahr ein, wenn überhaupt, kaum spürbar steigendes Bruttoinlandprodukt (BIP) erwartet.

Eine erfreuliche Nachricht vorweg: Die Inflation in den OECD-Ländern ist vom Höchstwert von 10,7 Prozent im Oktober 2022 auf 5,4 Prozent im November 2023 gesunken. Damit entwickelt sich die Inflationsrate in den allermeisten Ländern rückläufig. Obwohl die Werte teilweise nach wie vor noch weit von den Zielgrössen der Preisstabilität entfernt liegen, haben die Zentralbanken zuletzt von einer weiteren Erhöhung der Leitzinse abgesehen. Es dürfte noch einige Zeit dauern, bis die Teuerungsraten im Euroraum und den USA wieder nahe der 2 Prozent-Grenze zu liegen kommen. Und während der allmähliche Rückgang der Teuerung primär auf die drastische Reduktion der Energiepreise zurückzuführen ist, macht sie sich zunehmend in weiteren Kategorien neben Energie und Lebensmitteln bemerkbar, unter anderem bei den Mietzinsen.

Der Schweizerische Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt solide entwickelt. Die Arbeitslosenquote liegt gemäss der International Labour Organization (ILO) auf tiefem Niveau, hat zuletzt aber leicht zugenommen. Viele weitere Länder berichten von einer stabilen Situation auf dem Arbeitsmarkt: In der EU wird die Erwerbslosenquote im Dezember 2023 mit 5,9 Prozent beziffert, in den USA liegt die Arbeitslosenquote im Januar 2024 wie schon im Vormonat bei 3,7 Prozent. Diese Tatsache hat wiederum die Befürchtung aufkommen lassen, dass die Lohnforderungen der Arbeitnehmenden zu einem erneuten Inflationsschub führen, oder zumindest den Rückgang der Inflation bremsen könnten. Dementsprechend haben verschiedene Zentralbanken im Sommer 2023 noch einmal bekräftigt, man werde die Zinsen so lange hoch halten, bis die Inflation nachhaltig unter Kontrolle sei, auch wenn dies negative Folgen für die Wirtschaft habe. Die hohen Zinsen scheinen die erwarteten Auswirkungen zu haben: Die globale Konjunktur schwächtelt. In Europa ist das BIP diverser Länder 2023 geschrumpft, was insofern besorgniserregend ist, als dass die Inflation in diesen Ländern noch nicht besiegt ist, womit die Gefahr einer Stagflation – einer Kombination aus wirtschaftlicher Stagnation und Inflation – hoch bleibt.

Weiter drücken die geopolitischen Spannungen, unter anderem der Krieg in der Ukraine sowie der Konflikt im Nahen Osten, auf die Wirtschaftsaussichten in Europa. Als zusätzlicher Risikofaktor kommt die wirtschaftliche Entwicklung der wichtigsten Handelspartner der EU hinzu, allen voran China mit einer sich

Moderates Wachstum der Schweizer Wirtschaft

Die positive Entwicklung wird insbesondere vom Dienstleistungssektor getrieben, der Industriesektor steht weiterhin unter Druck

verschärfenden Immobilienkrise. Des Weiteren bleiben auch im Energiebereich Risiken bestehen. Die Aussichten zusätzlich eintrüben dürfte der Fachkräftemangel, welcher unter anderem durch den zunehmenden Trend zur Teilzeitarbeit sowie die Alterung der Gesellschaft getrieben wird.

Die Schweiz scheint einmal mehr nur einen Streifschuss abzubekommen. Nachdem die Schweizer Wirtschaft bereits im Corona-Jahr 2020 wesentlich weniger stark in Mitleidenschaft gezogen worden war als andere Länder, fiel die Entwicklung in den Folgejahren ebenfalls deutlich positiver aus als auf globaler Ebene. Weil die exportorientierte Schweiz aber stark von der konjunkturellen Entwicklung im Ausland sowie der Bewegung der Wechselkurse abhängig ist, bleibt die Weltwirtschaft – allen voran die Konjunktur in der EU – von zentraler Bedeutung. Dementsprechend dürfte die verhaltene Dynamik in den meisten europäischen Ländern die Schweizer Exportwirtschaft bremsen. Gerade die exponierte Schweizer Industrie – insbesondere die konjunkturanfällige Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) – leidet unter dem starken Franken und der damit einhergehenden schwachen Nachfrage aus dem Ausland. Angesichts der aktuellen Lage kann auch nicht mit einer schnellen Erholung des Verarbeitenden Gewerbes gerechnet werden – der Druck auf der Schweizer Wirtschaft bleibt weiterhin hoch.

Im 3. Quartal 2023 wuchs die Schweizer Wirtschaft moderat, gestützt insbesondere vom Dienstleistungssektor. In den konjunktursensitiveren Bereichen der Industrie ging die Wertschöpfung erneut zurück. Die aktuellen Indikatoren liegen vielfach auf unterdurchschnittlichem Niveau und deuten damit auf eine bescheidene Entwicklung der Schweizer Wirtschaft für die nahe Zukunft. Nach einem vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) prognostizierten Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent im Jahr 2023 wird auch für 2024 ein durchschnittliches Wachstum von 1,3 Prozent erwartet, wobei die Prognosen der wichtigsten Konjunktur-Agenturen nicht einheitlich ausfallen (Raiffeisen: +0,8%, UBS/BAK: +1,2%, SECO: +1,5%, KOF: +1,7%). Damit würde die Schweizer Wirtschaft in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ein deutlich unterdurchschnittliches Wachstum verzeichnen, ohne aber in eine Rezession zu rutschen. Ab 2025 wird von einer Erholung der globalen wie auch der Schweizer Wirtschaft ausgegangen, die durchschnittliche Prognose für das Schweizer BIP-Wachstum liegt bei 1,4 Prozent für das Jahr 2025.

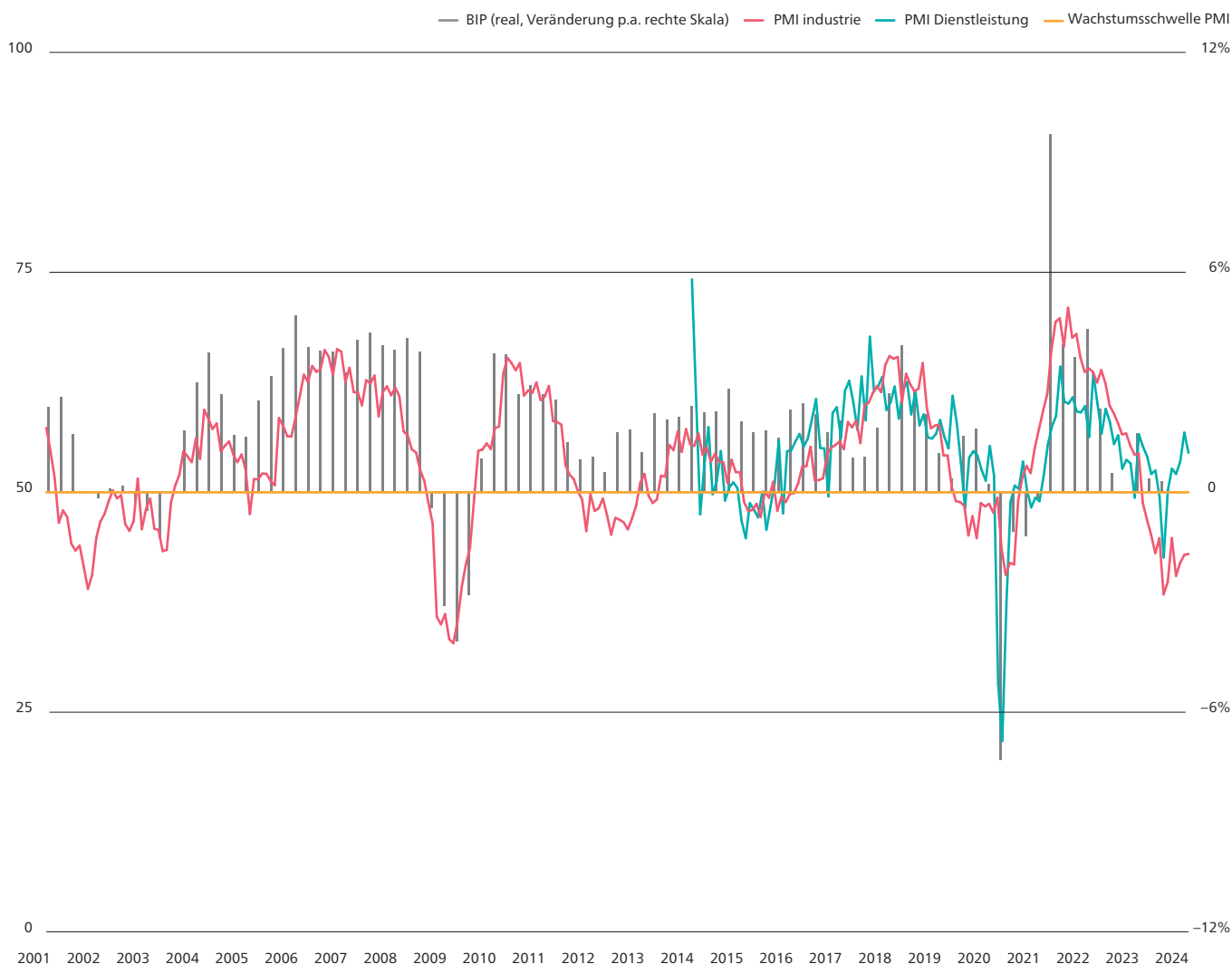
Die Inflation lag in der Schweiz im November 2023 bei 1,4 Prozent, womit sie sich deutlich unterhalb des noch im Februar 2023 vorherrschenden Werts von 3,4 Prozent und damit auch wieder innerhalb des Zielbands der Schweizerischen Nationalbank (SNB) befindet. Für das Gesamtjahr 2023 wird die Teuerung auf 2,1 Prozent beziffert. Dass die Inflation im vergangenen Jahr nicht höher ausfiel, ist nicht zuletzt dem Schweizer Franken zu verdanken, der sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem Euro in den letzten 12 Monaten deutlich an Wert zugelegt hat. Die Importe wurden dadurch billiger, was die Inflation dämpfte. Die SNB musste dementsprechend die Zinsen weniger stark erhöhen, als dies in anderen Ländern der Fall war, und konnte so den Schaden für die Wirtschaft begrenzen. Die Kehrseite war eine schwächelnde Industrie, denn durch den starken Franken wurden Schweizer Produkte im Ausland teurer, was auf die Exporttätigkeit drückte. Aktuell wird davon ausgegangen, dass der reale Wechselkurs des Schweizer Frankens zum Euro stabil bleiben wird. Auf Grund

der weiterhin bestehenden Differenz der Teuerung zwischen der Schweiz und dem Euroraum wird der Franken voraussichtlich voraussichtlich weiter aufgewertet, was die Nachfrage nach Schweizer Produkten im Ausland weiterhin drücken wird. Für 2024 liegt die durchschnittliche Inflationsprognose der Schweiz bei 1,8 Prozent, erst ab 2025 kann dann wieder mit einer deutlich tieferen Rate von 1,1 Prozent gerechnet werden.

Der vorlaufende KOF Konjunkturbarometer zeigt im dritten Monat in Folge eine zumindest moderate Zunahme und kommt im Januar 2024 bei 101,5 Punkten zu liegen – zum ersten Mal seit März 2023 wieder über seinem mittelfristigen Durchschnittswert. Positive Impulse sind dabei insbesondere aus dem Gastgewerbe und dem Wirtschaftsbereich Übrige Dienstleistungen auszumachen, wobei sich auch die Indikatorenbündel für das Verarbeitende Gewerbe, das

Abb. 2
Wirtschaftsentwicklung und Einkaufsmanagerindizes
 Wachstumsschwelle = 50

Quelle: Procure.ch, SECO, Fahrländer Partner



Miserable Konsumentenstimmung

Eine Vielzahl von negativen Umständen drückt den Privatkonsum – gegenwärtig die Stütze der Wirtschaft

Baugewerbe und die Auslandsnachfrage leicht positiv entwickelt haben. Einzig die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen weisen unterdurchschnittliche Perspektiven auf.

Der Konsum der privaten Haushalte hat sich seit Anfang 2022 robust entwickelt, scheint aber seit dem 2. Quartal 2023 allmählich unter Druck zu geraten. Dass die Konsumlust der Privathaushalte nachlässt, zeigt sich auch an der miserablen Konsumentenstimmung: Sowohl der Hauptindex als auch die allermeisten Teilindizes liegen weit unter ihrem langjährigen Mittel. Bezeichnenderweise ist einer der wenigen Teilindizes, der über dem langjährigen Mittel liegt, die Einschätzung zur Sicherheit der Arbeitsplätze. Darin widerspiegelt sich der anhaltend robuste Arbeitsmarkt. Dass die Konsumenten ihre finanzielle Situation ansonsten negativ einschätzen, ist wenig verwunderlich, denn sie mussten im Jahr 2022 sinkende Reallöhne hinnehmen. Und auch die Quartalschätzungen zur Entwicklung der Nominallöhne deuten für 2023 bestenfalls auf eine reale Nullrunde hin. Nichtsdestotrotz ist es vor allem der Privatkonsum, der gegenwärtig die Konjunktur stützt, angetrieben von der soliden Lage auf dem Arbeitsmarkt. Weiter spielt die Zuwanderung eine zentrale Rolle, denn der Privatkonsum wächst vorwiegend auf Grund dessen, dass mehr Menschen im Land leben. Allerdings dürfte der Konsum der privaten Haushalte 2024 weiter an Schwung verlieren, denn die Lebenshaltungskosten werden weiterhin steigen, wobei die generelle Inflation nur eine untergeordnete Rolle spielt. Viel entscheidender ist der Anstieg der Krankenkassenprämien, die Zunahme des Referenzzinssatzes und damit der Mietzinse sowie die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes. Zusätzlich wird sich die konjunkturelle Abkühlung allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen.

Der Schweizer Einkaufsmanagerindex (PMI), welcher vom Fachverband für Einkauf und Supply Management, procure.ch und der UBS erhoben wird, bleibt – auch wenn er sich im Dezember 2023 gegenüber dem Vormonat auf 43,0 Punkte leicht erholt hat – im zwölften Monat in Folge unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Eine Erholung ist allerdings nicht in Sicht: Auch im Januar 2024 kommt der PMI für das Verarbeitende Gewerbe mit 43,1 Punkten im Kontraktionsbereich zu liegen. Die Unterkomponenten entwickelten sich uneinheitlich, bleiben jedoch, abgesehen von der Komponente Lagerbestände (Verkauf), teilweise deutlich hinter der Wachstumsschwelle zurück. Nachdem die Einkaufspreiskomponente im Dezember 2024 auf Grund der rückläufigen Warenpreis-inflation Hoffnungen auf eine positive Entwicklung geschürt hatte, machte diese Komponente im Januar wieder einen Schritt in die entgegengesetzte Richtung. Laut den Autoren könnte die Gefährdung der Lieferketten zwischen Europa und Asien – konkret der Transportweg durch das Rote Meer – ein Auslöser dafür sein. Insgesamt deuten die Resultate darauf hin, dass der Industriesektor auch in naher Zukunft keinen einfachen Stand haben wird.

Der Dienstleistungssektor zeugt hingegen von optimistischeren Umständen: Der PMI kam im Dezember 2023 bei 56,9 Punkten und damit deutlich oberhalb der Wachstumsschwelle zu liegen. Auch wenn der Index zu Jahresbeginn mit 54,6 Punkten leicht eingebüsst hat, zeugt der 3. Sektor nach wie vor von einer positiven Dynamik. Im Vergleich zum Vormonat gaben allen voran die Komponenten Neuaufträge und Auftragsbestand nach; nichtsdestotrotz liegen beide nach wie vor oberhalb der Wachstumsschwelle. Dass die Rückmeldungen aus dem Dienstleistungssektor positiver ausfallen als aus dem Industriesektor, ist kaum überraschend, denn während der PMI Industrie stark vom Export abhängig ist, hat die inlandsorientierte Entwicklung eine grössere Bedeutung für den PMI Dienstleistungen.

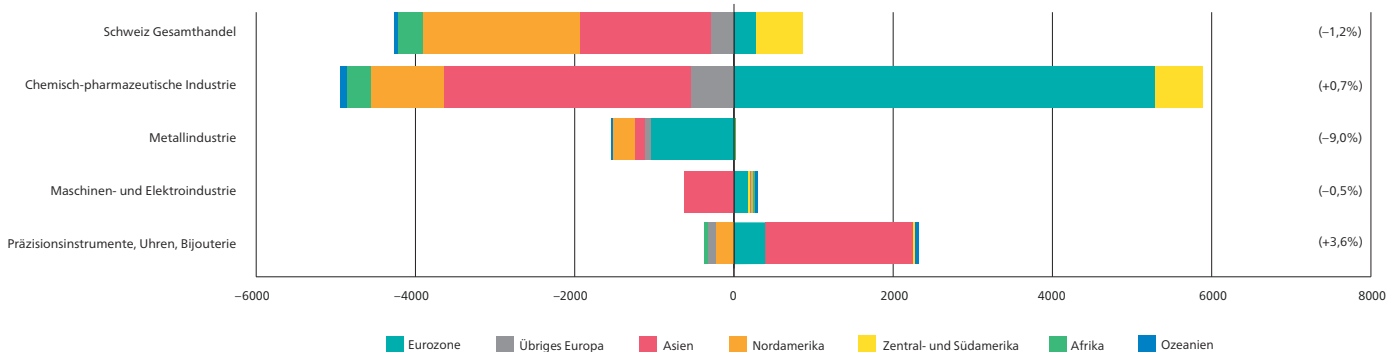
Rückläufiger Aussenhandel
Vor allem das Verarbeitende Gewerbe leidet unter der schwachen Dynamik wichtiger Exportmärkte

Der Raiffeisen KMU PMI ist im Dezember 2023 mit 50,9 Punkten über die Wachstumsschwelle geklettert, Grund dafür sind unter anderem der höhere, aber noch unter der Wachstumsschwelle liegende Auftragsbestand, die erhöhte Produktionskomponente sowie die kürzeren Lieferfristen. Zum Jahresstart bricht der KMU PMI jedoch wieder ein und kommt im Januar 2024 bei 40,7 Punkten zu liegen. Schuld an der Verschlechterung der Geschäftslage ist insbesondere der stark rückläufige Auftragsbestand. Damit einher geht ein rückläufiger Beschäftigungsindikator: Gemäss Raiffeisen berichten einige KMU, auf Kurzarbeit umstellen zu müssen.

Auf Grund der Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft von der konjunkturellen Lage auf den wichtigen Absatzmärkten, etwa Deutschland, China oder den USA, sind die hiesigen Zahlen des Aussenhandels eng mit deren Entwicklung verknüpft. Im vergangenen Jahr verzeichnete der Schweizer Aussenhandel in beide Verkehrsrichtungen ein Minus. Die sinkenden Preise führten dennoch zu einem real besseren Ergebnis: Der Handelsbilanzüberschuss stieg mit 48,5 Milliarden Franken auf den zweithöchsten je gemessenen Wert.

Die Exporte gingen nominal um 1,2 Prozent auf 274,3 Milliarden Franken zurück, wobei sich sieben der elf Warengruppen rückläufig entwickelt haben. Mit einem Minus von 9,0 Prozent ist die Ausfuhr der Gruppe Metalle am stärksten eingebrochen, aber auch die Gruppen Papier und grafische Erzeugnisse, Präzisionsinstrumente sowie Nahrungs- und Genussmittel verzeichnen einen Exportrückgang. Positiv entwickelt hat sich hingegen der Export von Uhren mit einem Plus von 7,6 Prozent, was einem neuen Höchststand von 26,7 Milliarden Franken entspricht. Weiter hat sich der Export der Gruppe chemisch-pharmazeutischer Produkte (+0,7%) leicht positiv entwickelt, trotz stark rückläufigen Medikamentenexporten (-8,5%). Auf der Importseite verzeichnete die Schweiz im Jahr 2023 ein Minus von nominal 3,8 Prozent auf 225,8 Milliarden Franken. Neben dem Import von Metallen (-14,7%) sowie Maschinen und Elektronik (-3,2%) schrumpfte auch die Einfuhr von Energieträgern um über 40 Prozent, wobei dieses Ergebnis rein preisbedingt zustande kam (real: +0,5%). Hinsichtlich der Handelspartner stagnierte der Export nach Europa, während sich die Ausfuhr nach Nordamerika sowie nach Asien gar

Abb. 3
Veränderung der Schweizer Exporte nach ausgewählten Absatzmärkten und Branchen, in Mio. CHF
 2023er Zahlen entsprechen provisorischen Daten
 Quelle: BAZG, Fahrländer Partner



**Widerstandsfähiger
Arbeitsmarkt
Weltweit haben sich
die Arbeitsmärkte 2023
robust entwickelt,
2024 wird sich die
konjunkturelle Abküh-
lung aber allmählich
bemerkbar machen**

rückläufig entwickelt hat. Neben Deutschland (-2,4%) ist auch die Exporttätigkeit nach China um 3,1 Prozent zurückgegangen – zum ersten Mal seit elf Jahren. Die Schweiz hat aus allen drei grossen Wirtschaftsräumen weniger importiert.

Positive Impulse auf den Aussenhandel könnten vom Wegfall der Importzölle auf Industriegüter ausgehen, welche per 1. Januar 2024 abgeschafft worden sind.

Der Schweizer Arbeitsmarkt hat sich im Laufe des Jahres 2023 solide entwickelt und damit an die Entwicklung des Vorjahres angeschlossen. Auch wenn die Arbeitslosenquote saisonkorrigiert von 1,9 Prozent im Januar 2023 auf 2,2 Prozent im Dezember gestiegen ist, kann von einer durchaus guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich im Jahresdurchschnitt 2023 auf 93 536 Personen, was einem Rückgang um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Arbeitslosenquote über das ganze Jahr wird mit 2,0 Prozent beziffert und liegt damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert von 2022. Eine noch tiefere Arbeitslosenquote wurde letztmalig im Jahr 2001 gemessen. Da sich eine konjunkturelle Abkühlung in der Regel verzögert auf den Arbeitsmarkt auswirkt, dürfte die aktuell schwache Wirtschaftslage eine stärker negative Beschäftigungsentwicklung nach sich ziehen, je länger diese anhält. Tendenziell werde die Arbeitslosenquote – ausgehend von einem historisch tiefen Niveau – leicht ansteigen: Im Januar 2024 kam sie bei 2,5 Prozent zu liegen, was einer Zunahme von 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat entspricht. Für 2024 rechnet das SECO mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 2,3 Prozent.

Schweizweit hat sich die Anzahl registrierter Arbeitsloser im Jahresdurchschnitt 2023 im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Industrie- (-7,6%) als auch im Dienstleistungssektor (-6,5%) reduziert. Dabei ist unter anderem in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) sowie in den Wirtschaftszweigen Baugewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen und den klassischen Bürobranchen die Anzahl registrierter Arbeitsloser 2023 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

Der Schweizer Arbeitsmarkt steht angesichts der wachsenden Fachkräftenachfrage vor grossen Herausforderungen, welche sich mit der bevorstehenden Pensionierung der sogenannten Babyboomer-Generation weiter verschärfen wird. Immerhin zeigt der Zuwanderungssaldo 2023, dass die Schweiz für hoch qualifizierte Arbeitsmigranten nach wie vor ein attraktives Ziel ist und sie dieser Entwicklung zumindest leicht entgegenwirken. Gerade die Zuwanderung aus Deutschland, welches sich zurzeit in einer Wirtschaftskrise befindet, dürfte weiterhin hoch bleiben.

Nach den zwei Jahren der Erholung, 2021 und 2022, die von einer überdurchschnittlichen Wirtschaftsdynamik geprägt waren und die Schweiz wieder auf den gewohnten Wachstumspfad führten, hat die Entwicklung im vergangenen Jahr merklich nachgelassen. Nichtsdestotrotz sind die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft deutlich besser als in den meisten anderen Ländern: Auch für 2024 wird ein – zumindest leicht positives – Wachstum prognostiziert. Und auch für die Exportwirtschaft wird mittelfristig mit einer Entspannung gerechnet: Die Experten der KOF gehen davon aus, dass die Weltkonjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2024 wieder anzieht, was die globale Nachfrage anregen wird. Kurzfristig wird der Druck auf die Konjunktur und insbesondere auf die Industrie aber weiter hoch bleiben.

Unerwartet optimistische Aussichten

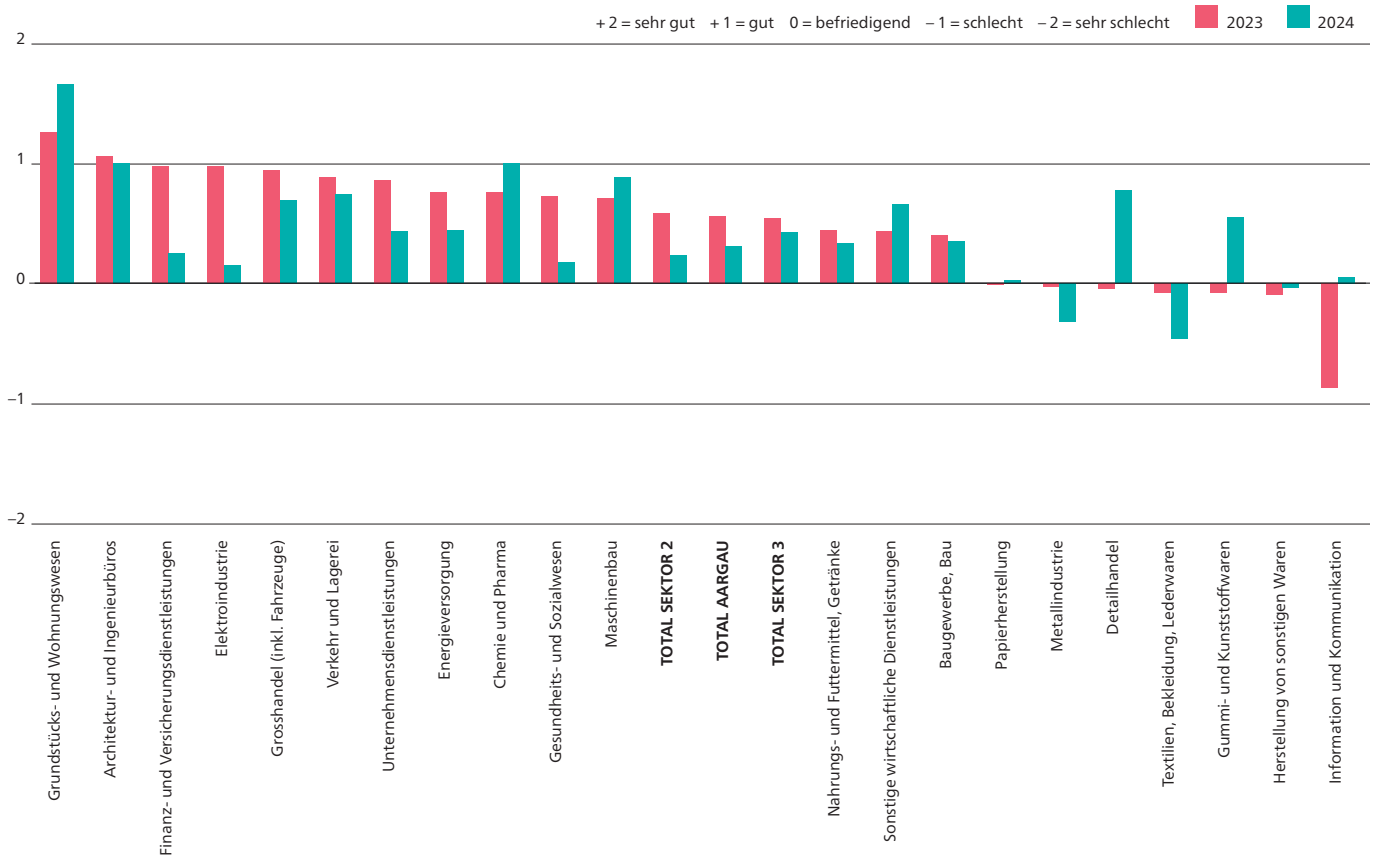
Die überwiegende Mehrheit der Branchen erwartet eine zumindest leicht positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2024

Die Gesamtbetrachtung der Rückmeldungen der diesjährigen AIHK Wirtschafts-umfrage zeigt eine weniger optimistische Einschätzung der allgemeinen Ent-wicklung des Geschäftsjahres als in den Vorjahren. Nach den zwei Jahren der Erholung, 2021 und 2022, welche von einer überdurchschnittlichen Wirtschaftsdynamik geprägt waren, kommt diese stagnierende Entwicklung zwar nicht völlig überraschend. Immerhin fallen die Resultate branchenübergreifend dennoch positiver aus als erwartet, auch vor dem Hintergrund der sich abkühlenden Konjunktur sowohl im In- als auch im Ausland. Als weitere Belastungsfaktoren erweisen sich beinahe über alle Branchen hinweg die Preissteigerungen und die eingetrübten Arbeitsmarktaussichten.

Die Resultate der diesjährigen Wirtschaftsumfrage zeigen, dass die Sektoren von den konjunkturellen Rahmenbedingungen unterschiedlich betroffen sind: Während das vergangene Jahr als insgesamt positiv bewertet wird, deuten die Rückmeldungen des dritten Sektors auf bessere Erwartungen an das laufende Geschäftsjahr hin als jene aus dem Industriesektor. Der Ausblick des Industriesektors wurde wohl durch die unsichere Wirtschaftslage im Ausland, allen voran bei wichtigen Handelspartnern wie Deutschland oder China, massgebend beeinflusst. Dementsprechend überraschen die mehrheitlich optimistischen Erwartungen. Die teilnehmenden Betriebe berichten von einer grund-

Abb. 4
Allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres

Quelle: AIHK

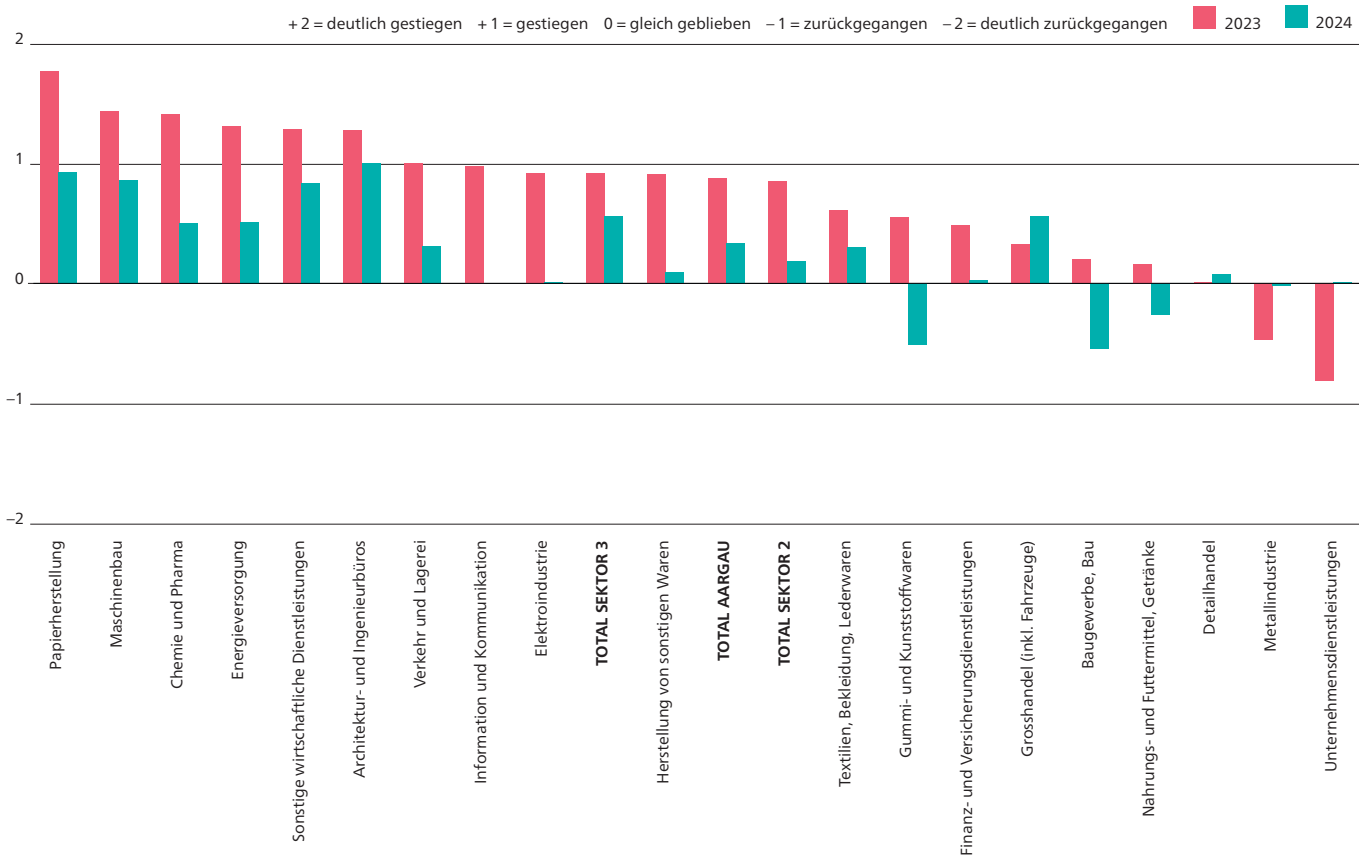


sätzlich guten allgemeinen Entwicklung des Geschäftsjahres 2023 und erwarten eine nur leicht weniger positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2024. Dabei melden – gemessen an der Anzahl der Mitarbeitenden – kleinere Unternehmen etwas optimistischere Erwartungen an das Geschäftsjahr 2024 als grössere Betriebe.

Negativ fallen für die grosse Mehrheit der Unternehmen die gestiegenen Einkaufspreise 2023 im In- und Ausland ins Gewicht. Auch zukunftsgerichtet werden in beinahe allen Branchen zumindest leicht steigende Einkaufspreise erwartet. Dabei fällt der gewichtete Umfragewert etwas tiefer aus. Dementsprechend scheinen grössere Betriebe, gemessen an der Anzahl ihrer Mitarbeitenden, etwas weniger stark davon betroffen zu sein. Grund dafür wird wohl eine gewisse Preissetzungsmacht sein, welche primär grossen Abnehmern zugutekommt. Am stärksten mit steigenden Einkaufspreisen im Inland hatten im vergangenen Jahr die Papierindustrie, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Branchengruppe Chemie und Pharma zu kämpfen. Von den höchsten Preissteigerungen im Ausland berichtet wiederum die Papierindustrie, gefolgt vom Maschinenbau und der Chemie- und Pharmaindustrie. Die deutlich gestiegenen Einkaufspreise im In- und Ausland, von welchen die grosse Mehrheit der Branchen betroffen ist, drücken sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor in fast gleichem

Abb. 5
Einkaufspreise im Ausland im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



Ausgeprägte Preis- erhöhungen im In- und Ausland

Im vergangenen Jahr sind die Einkaufspreise in den meisten Branchen deutlich gestiegen, die Situation etwas entspannt haben höhere Verkaufspreise

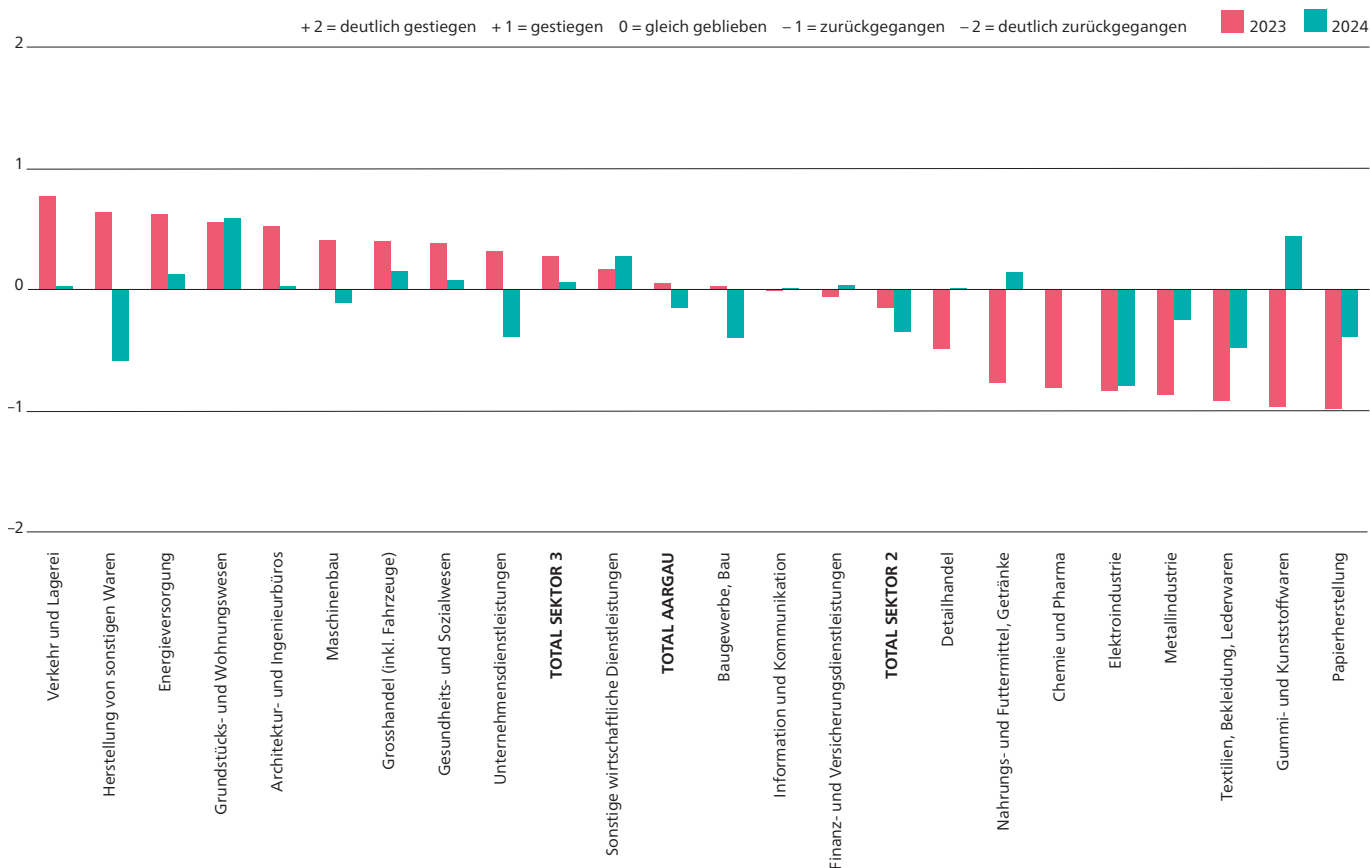
Umfang auf die Ertragslage. Im Ausblick rechnet der zweite Sektor mit weniger stark steigenden Einkaufspreisen.

Demgegenüber stehen jedoch Verkaufspreise, die 2023 fast branchenübergreifend gestiegen sind. Die markanteste Zunahme der Verkaufspreise im Inland meldeten im Rückblick die Branchen Energieversorgung, Verkehr und Lagerei sowie die Elektroindustrie. Im Ausland konnten allen voran der Detailhandel, Verkehr und Lagerei sowie die Branche Herstellung von sonstigen Waren, zu welcher unter anderem auch die Herstellung von Schmuck oder die Medizinaltechnik gehören, die Verkaufspreise erhöhen. Insgesamt konnte der zweite Sektor leicht stärkere Erhöhungen der Verkaufspreise realisieren als der dritte Sektor – im In- wie im Ausland. Künftig wird es jedoch der Dienstleistungssektor sein, welcher mit stärker steigenden Verkaufspreisen rechnet.

Zusätzlich auf die Stimmung drückt der Indikator Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr: Über alle Teilnehmer hinweg resultiert ein stagnierender Wert für 2023 und für das laufende Jahr wird sogar eine leicht rückläufige Entwicklung befürchtet. Insbesondere der Industriesektor meldet sowohl im Rück- als auch im Ausblick eine schlechte Entwicklung der Auftragsbestände.

Abb. 6
Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



Rückblickend am stärksten betroffen war die Papierindustrie, gefolgt von den Branchen Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie der Herstellung von Textilien, Bekleidung und Lederwaren. Auf der anderen Seite der Verteilung blicken die Branche Verkehr und Lagerei, Herstellung von sonstigen Waren und die Energieversorgung am Jahresende 2023 auf einen zumindest leicht gestiegenen Auftragsbestand zurück. Gemäss der KOF Konjunkturumfrage ist das Verarbeitende Gewerbe von mangelnder Nachfrage betroffen, und auch die Resultate des PMI deuten nicht auf eine Erholung des Neugeschäfts hin, während sich gleichzeitig die Auftragsbücher leeren. Auch wenn die Komponente Auftragsbestand in den letzten Monaten eine leicht positive Tendenz an den Tag legte, liegt der Wert mit 40,8 Punkten noch deutlich unterhalb der Wachstumsgrenze von 50 Indexpunkten.

Auch der Detailhandel, in den vergangenen drei Wirtschaftsumfragen jeweils die Branche mit den besten Rückmeldungen zur Entwicklung des vorangegangenen Geschäftsjahres, hat an Fahrt verloren: Gemäss der diesjährigen Umfrageresultate liegt die Branche aktuell am unteren Ende der Verteilung und zeugt damit von einer unterdurchschnittlichen Entwicklung des Geschäftsjahres 2023. Die Aussichten für das laufende Jahr fallen hingegen wieder überdurchschnittlich positiv aus.

Dass die Betriebe im Detailhandel die Entwicklung des allgemeinen Geschäftsjahres 2023 als überwiegend negativ beurteilt haben, hängt mit dem deutlichen Rückgang des Gesamtumsatzes im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr zusammen. Hier liegt der Detailhandel in der Verteilung auf dem vorletzten Platz; nur die Papierindustrie berichtet von einem noch stärkeren Umsatzrückgang. Diese Einschätzung geht mit der schweizweiten Entwicklung einher: Der Branchenumsatz im Detailhandel ist erstmals seit 2016 gesunken, wenn auch nur gering. Dabei belastet die miserable Konsumentenstimmung die Nachfrage, denn der Anstieg der Lebenshaltungskosten und die nur schwachen Reallohnsteigerungen reduzieren die Kaufkraft. Wenn die Konsumenten weniger Geld zur Verfügung haben, hat das negative Folgen auf die Nachfrage. Beispielsweise wird die Anschaffung von langfristigen Konsumgütern – gerade im Non-Food-Bereich – vermehrt aufgeschoben.

Als positiver Faktor für den Detailhandel können die Einkaufspreise im In- und Ausland gewertet werden, welche sich gemäss den Rückmeldungen im Jahr 2023 leicht rückläufig entwickelt haben, respektive beinahe konstant geblieben sind. Damit ist der Detailhandel eine der wenigen Branchen, welche nicht von zum Teil deutlich erhöhten Einkaufspreisen berichtet. Betrachtet man hingegen die ungewichteten Resultate, zeigt sich ein anderes Bild: Die Einkaufspreise sind 2023 im In- wie im Ausland gestiegen. Dementsprechend haben grössere Betriebe, gemessen an der Anzahl der Mitarbeitenden, von einer weniger stark steigenden oder gar rückläufigen Preisentwicklung profitiert, während kleine Unternehmen vermehrt mit Preissteigerungen zu kämpfen hatten. Die starke Aufwertung des Schweizer Frankens, gerade auch gegenüber dem Euro, hat die Kaufkraft von Schweizer Haushalten im nahen Ausland erhöht, was den teilweise deutlich gestiegenen Preisen im Ausland entgegenwirkt und damit den Einkaufstourismus stützt. Daraus ergeben sich weitere negative Impulse für den hiesigen Detailhandel.

Schweizweit hat sich der Umsatz in der Sparte Non-Food im Jahr 2023 rückläufig entwickelt (-2,5%), während der Bereich Food/Near-Food ein Wachstum von

3,3 Prozent verzeichnet hat. Für das Jahr 2024 prognostizieren die Experten der UBS ein Wachstum im Lebensmittel- und im Onlinehandel, gleichzeitig wird im Non-Food-Segment mit stagnierendem Konsum gerechnet.

Nachdem die Branche Energieversorgung auch dank unerwarteter Gewinne und einer erhöhten Nachfrage nach erneuerbaren Energieträgern als «Gewinner» aus dem turbulenten Geschäftsjahr 2022 hervorgegangen war, liegt sie bei der Entwicklung des Geschäftsjahres 2023 gemäss den aktuellen Umfrageresultaten nur noch im Mittelfeld. Trotzdem meldet die Branche im abgelaufenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme des Gesamtumsatzes, was unter anderem auf die gemäss Umfrageresultaten höchste Zunahme der Verkaufspreise im Inland zurückzuführen ist. Auf Grund der deutlich gestiegenen Einkaufspreise liegt die Branche bei der Einschätzung der Ertragslage allerdings nur im Mittelfeld aller Branchen. Im Vergleich zu den anderen Branchen aus dem zweiten Sektor ist die Lage bei der Energieversorgung aber deutlich besser. Mit ein Grund für diese Entwicklung ist die steigende Nachfrage aufgrund des Bevölkerungswachstums sowie der Elektrifizierung im Zusammenhang mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Gerade die Nachfrage nach Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) bleibt weiter hoch, wie der Branchenverband Swissolar bestätigt. Das Wachstum 2023 wird im Vergleich zum Vorjahr zwar tiefer ausfal-

Abb. 7
Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



len, dies kann die Unternehmen jedoch auch etwas entlasten. Zukunftsgerichtet zeigt sich ein sehr optimistisches Bild; als eine der wenigen Branchen rechnet die Energieversorgung mit einer positiven Entwicklung der Ertragslage im laufenden Jahr.

Dass für 2024 mit einer weiteren Erhöhung der Strompreise zu rechnen ist, hängt von mehreren Faktoren ab: Allen voran werden die Kosten der Winterstromreserven des Bundes über einen Zuschlag auf dem Netznutzungstarif an die Endverbraucher weitergegeben, weshalb sich Strom sowohl für private Haushalte als auch für kleine und mittlere Betriebe in der Grundversorgung verteuert. Weiter steigen diese Tarife auf Grund der vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) angehobenen Kapitalverzinsung. Den Strompreis zusätzlich in die Höhe treibt die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Negative Auswirkungen dieser Entwicklung werden für die Unternehmen der Energieversorgung kaum erwartet: Einerseits können sie die höheren Preise in der Regel weitergeben, andererseits stützt der teure Strom die Nachfrage nach nachhaltigen Alternativen wie PV-Anlagen. Negativ wirken sich die Preissteigerungen bei der Energie wohl auf die Geschäftsentwicklung von Betrieben aus anderen Branchen sowie auf die Kaufkraft der Privathaushalte aus.

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe im Kanton Aargau ist nicht gut, aber auch nicht wirklich schlecht. Mit den Resultaten der Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr im Hinterkopf wirken die aktuellen Umfrageergebnisse aber überraschend positiv, besonders vor dem Hintergrund der aktuell eingetrübten Rahmenbedingungen. Im Nachgang zur Corona-Pandemie hatten viele Schweizer Industrieunternehmen von einem Auftragsschub profitiert. Dieser Nachholeffekt hat sich im vergangenen Jahr aber zunehmend abgeschwächt und so die Wirtschaftsdynamik gedrosselt. Die im Jahresverlauf 2023 drastische Aufwertung des Frankens gegenüber Euro und US-Dollar verschärft die aktuelle Situation für die Industrie weiter. Insbesondere die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) zählt zu jenen Exportsektoren, welche sehr empfindlich auf Konjunkturzyklen reagieren. In diesem Zusammenhang hat der Dachverband Swissmem vermeldet, dass sich die Industrie in einer Rezession befinde. Neben dem überaus starken Franken hat die MEM-Industrie zusätzlich mit einem Einbruch der Auftragseingänge von über 10 Prozent zwischen Januar und Oktober 2023 gegenüber der Vorjahresperiode zu kämpfen; gewisse Sektoren berichten gar von einem Rückgang um 30 bis 40 Prozent. Vor diesem Hintergrund fordert Swissmem, dass die Politik rasch handelt und die Rahmenbedingungen verbessert: So sollen etwa die Freihandelsabkommen mit Indien und der Mercosur, der internationalen Wirtschaftsorganisation in Lateinamerika, oder die Bilateralen III mit der EU zügig unter Dach und Fach gebracht werden.

Die Rückmeldungen aus den MEM-Branchen im Kanton Aargau ergeben ein ähnliches Bild: Vor allem die Metall- und die Elektroindustrie melden einen deutlich tieferen Auftragsbestand zum Jahresende 2023 als im Vergleich zum Vorjahr. Während die Elektroindustrie für 2024 von einem weiteren Rückgang ausgeht, sieht die Lage bei der Metallindustrie etwas weniger dramatisch aus. Die Rückmeldungen aus der Branche Maschinenbau sind zumindest im Rückblick etwas weniger schlecht, verzeichnet sie doch für 2023 einen gestiegenen Auftragsbestand zum Jahresende. Dennoch rechnet sie für das laufende Jahr mit einer

Uneinheitliche Rückmeldungen aus der MEM-Industrie

Während die Metallindustrie unter Druck steht, können die Elektroindustrie und der Maschinenbau zumindest teilweise erfreuliche Entwicklungen ausmachen

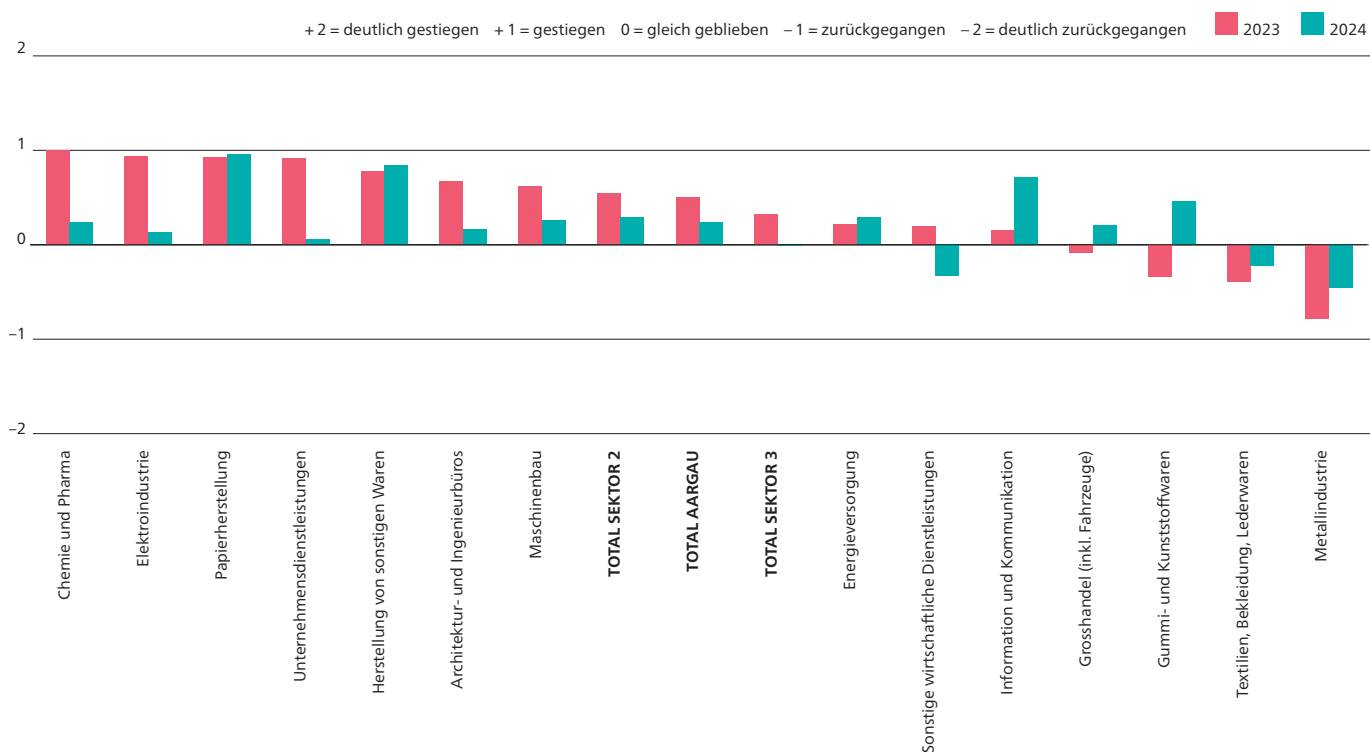
leicht rückläufigen Tendenz. Eine weitere Belastung – zumindest für den Maschinenbau und die Elektroindustrie – stellen die im Vergleich zum Vorjahr im In- und Ausland gestiegenen Einkaufspreise dar. Auch wenn die beiden Branchen ihre Verkaufspreise im In- und Ausland erhöht haben, deuten die Rückmeldungen auf eine insgesamt höchstens konstante Ertragslage hin. Insbesondere der Ausblick der Elektroindustrie zeugt von einer eingetrübten Entwicklung der Ertragslage im laufenden Geschäftsjahr. Dies trifft auch auf die Metallindustrie zu.

Ein anderes Bild ergibt sich bei der Einschätzung zur Entwicklung des vergangenen Geschäftsjahres: Hier trumpft die Elektroindustrie auf, während sich der Maschinenbau und die Metallindustrie lediglich im Mittelfeld bewegen. Die Branche Maschinenbau blickt hingegen am optimistischsten auf das laufende Geschäftsjahr. Auch hinsichtlich der Exporttätigkeit deuten die Rückmeldungen der MEM-Branche im Kanton Aargau auf eine uneinheitliche Entwicklung hin: Auf der einen Seite stehen Elektroindustrie und Maschinenbau, die von einem guten Jahr 2023 mit gesteigener Exporttätigkeit im Vergleich zum Vorjahr berichten und für das laufende Geschäftsjahr mit einer zumindest gleichbleibenden Ausfuhr von Gütern rechnen. Auf der anderen Seite weisen die Rückmeldungen aus der Metallindustrie rückläufige Exporte im Jahr 2023 aus, und auch der Ausblick auf das aktuelle Jahr zeugt nicht von Entspannung.

Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage bei einigen wichtigen Handelspartnern, allen voran Deutschland, China oder den USA, sind die Aussichten für

Abb. 8
Exporte im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



die kommenden Monate nicht sonderlich erfreulich. Und auch wenn die Schweizer MEM-Industrie mit Effizienzsteigerung und Innovationskraft auftrumpfen kann, ist eine kurzfristige Reaktion auf die sich rasch verschlechternden Rahmenbedingungen nicht so leicht möglich. Bleibt die Situation weiterhin angespannt, rechnet Swissmem damit, dass weitere Arbeitsstellen ins Ausland verlagert werden müssen.

Die Branchengruppe Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, welche einen bedeutenden Anteil an den Schweizer Exporten hat und gemäss dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) insgesamt rund 7 Prozent zum BIP beiträgt, blickt gemäss den Umfrageresultaten auf eine solide Entwicklung des Geschäftsjahres 2023 zurück. Auch der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr fällt sehr optimistisch aus. Nur die Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, Architektur- und Ingenieurbüros sowie der Detailhandel gehen von einer ähnlich positiven Entwicklung aus.

Im Vergleich zum Vorjahr rechnet die Chemie- und Pharmaindustrie zwar mit einem leicht tieferen Gesamtumsatz für 2023, dennoch wird die Ertragslage als solide eingestuft. Und dies, obwohl die Einkaufspreise im In- und Ausland markant gestiegen sind, während die Zunahme der Verkaufspreise im Vergleich zu den meisten anderen Branchen lediglich unterdurchschnittlich ausgefallen ist. In diesem Zusammenhang hat Interpharma, der Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz, gemeldet, dass Preissenkungen bei Medikamenten dazu geführt haben, dass das Wachstum im Jahr 2023 trotz gesteigener Nachfrage deutlich gedämpft wurde. Die Verkaufspreise werden wohl auch in naher Zukunft unter Druck bleiben, unter anderem wegen dem Inflationsbekämpfungsgesetz (US Inflation Reduction Act) in den USA, welches die Medikamentenpreise in Schranken halten soll. Ein positiver Impuls wird hingegen von der Aufhebung der Importzölle auf Industrieprodukte in die Schweiz erwartet, welche per Anfang 2024 in Kraft getreten ist. Diese Abschaffung der Industriezölle kann positive Impulse auf die Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb haben und so die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz stärken.

Markante Umsatzsteigerungen im Dienstleistungssektor

Die grosse Mehrheit der Dienstleistungsbranchen – insbesondere die klassischen Bürobranchen – blickt auf ein gutes Geschäftsjahr 2023 zurück

Die klassischen Bürobranchen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie die Unternehmensdienstleistungen beurteilen das vergangene Geschäftsjahr insgesamt als überaus positiv. Dabei fällt die gute Entwicklung des Gesamtumsatzes wie auch der Ertragslage im Vergleich zum Vorjahr ins Gewicht. Insbesondere dank der tiefen Exposition zur schwachen Wirtschaftsdynamik im Ausland – der Dienstleistungssektor ist deutlich weniger vom Aussenhandel anhängig als der Industriesektor – ist die Stimmung in diesen Branchen nach wie vor gut. Zusätzlich konnte sich der Schweizer Finanzsektor schon in der Vergangenheit bei Krisen im Ausland als «sicherer Hafen» profilieren – dies könnte auch in der aktuellen Situation der Fall sein.

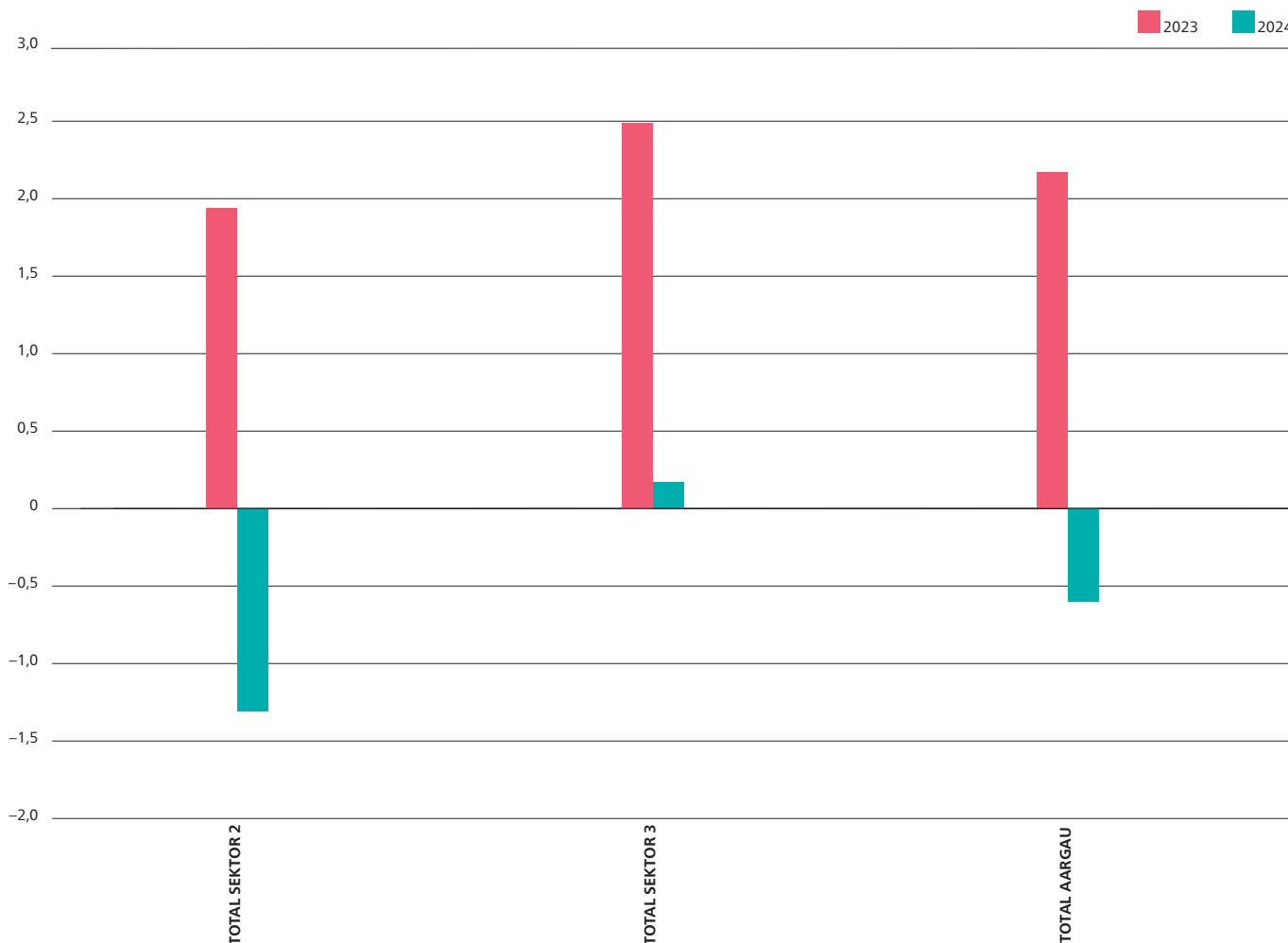
Gerade die Rückmeldungen der Branchengruppe Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zu den Sonderfragen ergeben ein – zumindest im Vergleich zu den anderen Branchen – sehr positives Bild: Weder die angespannte Lage auf dem Energiemarkt noch der Mangel an Arbeits- und Fachkräften scheint die Betriebe gross zu belasten. Zum einen stützt die eher geringe Abhängigkeit

von den Strom- und Gaspreisen die gute Stimmung, zum anderen ist der Fachkräftemangel vermutlich weniger ausgeprägt als in anderen Branchen, etwa dem Gesundheitswesen oder der IT. Der Ausblick auf das Geschäftsjahr 2024 hingegen fällt weniger optimistisch aus und es wird mit einer deutlich weniger guten, allerdings nach wie vor positiven Entwicklung des Gesamtumsatzes gerechnet. Auch gemäss der KOF Konjunkturumfrage sind Finanz- und Versicherungsdienstleister in Bezug auf die zu erwartende Geschäftsentwicklung vorsichtiger geworden.

Die Knappheit auf dem Wohnungsmarkt, getrieben vom Bevölkerungswachstum und dem Trend zu kleineren Haushalten – sprich weniger Personen, die in einem Privathaushalt zusammenwohnen –, wird sich in den nächsten Jahren wohl noch verschärfen. Vor diesem Hintergrund werden Leistungen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen gefragter sein denn je, was auch die Rückmeldungen zur diesjährigen Wirtschaftsumfrage bestätigen. Besonders positiv

Abb. 9
Netto-Veränderung der Anzahl Vollzeitstellen im Vergleich zum Vorjahr
 In Prozent

Quelle: AIHK

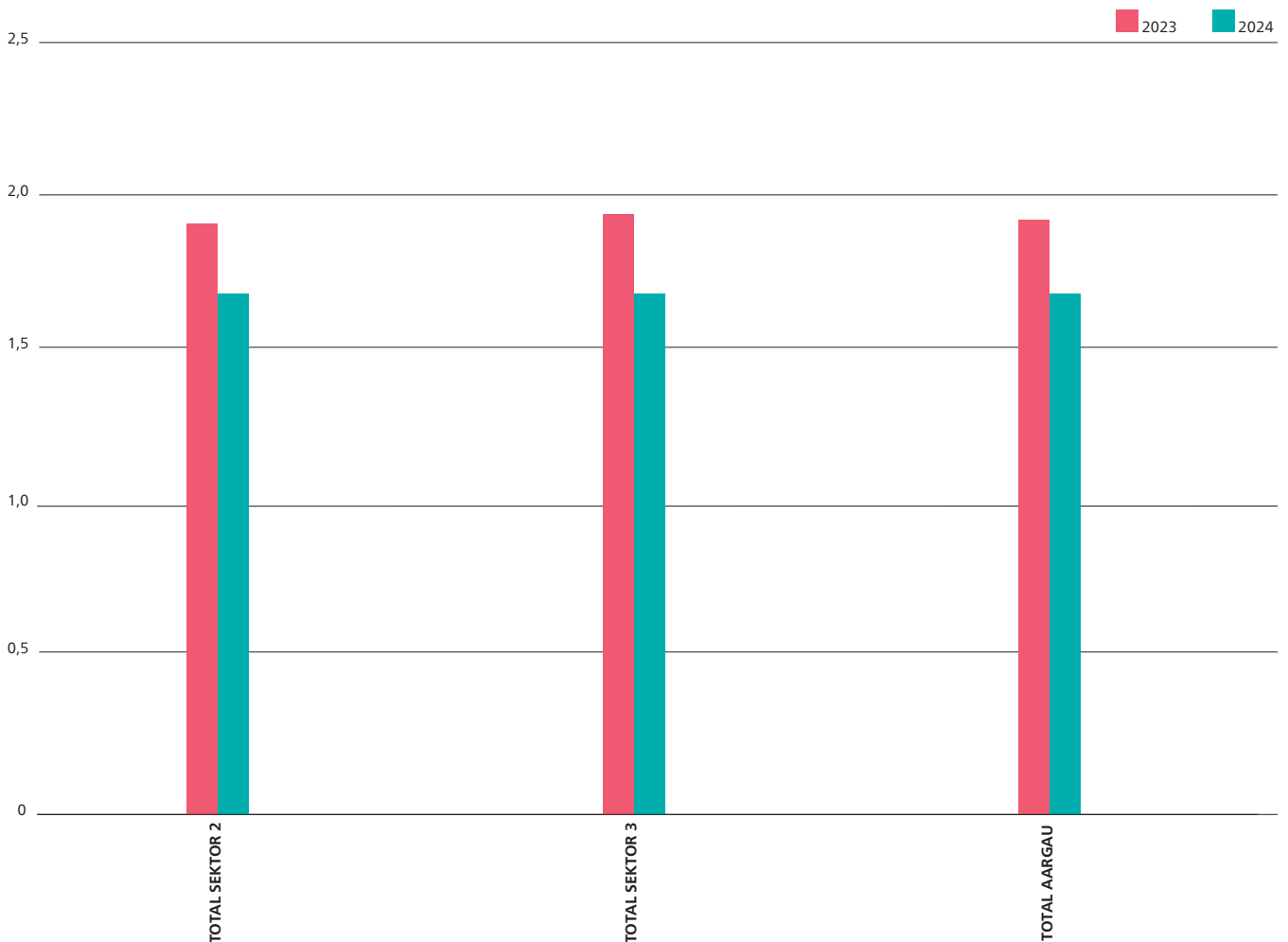


berichten jene Dienstleister, die in den Bereichen Verwaltung, Vermietung und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen tätig sind, vom allgemeinen Geschäftsjahr 2023. Der Immobilienmarkt stand im vergangenen Jahr stark im Fokus; besonders die zwei Erhöhungen des hypothekarischen Referenzzinssatzes und die damit einhergehenden Mietzinserhöhungen wurden rege diskutiert. Auch der Gesamtumsatz sowie die Ertragslage werden im Rückblick als überaus positiv bewertet. Zukunftsgerichtet weisen die Rückmeldungen auf eine weiterhin überdurchschnittliche Entwicklung der Branche hin; einzig die zunehmend stark steigenden Einkaufspreise im Inland könnten die Lage etwas eintrüben.

Ein uneinheitliches Bild resultiert aus den Rückmeldungen der Branche Information und Kommunikation: Zum einen wird der Gesamtumsatz als sehr positiv bewertet, zum anderen liegt die Branche bei der Einschätzung der allgemeinen Entwicklung des Geschäftsjahres wie auch bei der Ertragslage

Abb. 10
Veränderung Durchschnittslohn im Vergleich zum Vorjahr
 In Prozent

Quelle: AIHK



2023 am unteren Ende der Verteilung. Mitverantwortlich dafür können die gestiegenen Einkaufspreise im In- und Ausland sein, während die Verkaufspreise im Ausland stagnierten. Positive Impulse können beim Auftragseingang

Abb. 11
Stellt die Energiepreissteigerung (Strom, Gas) 2024 für Ihren Betrieb potenziell ein existenzielles Problem dar?

Resultate gewichtet, in Prozent

Quelle: AIHK

	Ja, wir befürchten eine Überschuldung	Ja, unsere Liquidität ist gefährdet	Nein, wir können den Mehraufwand (mit eigenen Mitteln, Fremdkapital, Ertragssteigerungen, oder Kostensenkungen) bewältigen.	Nein, für uns ist dies kein Problem/wir haben keine Steigerungen des Energiepreises	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	0	8	92	0	0
Detailhandel	0	2	97	1	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	0	19	57	1	24
Unternehmensdienstleistungen	0	0	98	2	0
Papierherstellung	0	5	95	0	0
Herstellung von sonstigen Waren	0	7	89	4	0
Chemie und Pharma	0	0	37	1	63
Gummi- und Kunststoffwaren	0	11	89	0	0
Metallindustrie	16	14	70	0	0
Elektroindustrie	0	0	94	5	1
Maschinenbau	0	12	86	2	1
Architektur- und Ingenieurbüros	0	0	72	28	0
Energieversorgung	0	0	100	0	0
Baugewerbe, Bau	0	16	57	27	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	0	0	89	10	1
Verkehr und Lagerei	0	3	97	0	0
Information und Kommunikation	0	0	5	95	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0	0	58	42	0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	0	1	72	28	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0	15	4	46	35
Gesundheits- und Sozialwesen	0	0	98	0	2
TOTAL SEKTOR 2	2	7	86	4	2
TOTAL SEKTOR 3	0	0	80	19	1
TOTAL AARGAU	1	4	83	11	2

aus dem Ausland ausgemacht werden: Der Auftragsbestand am Jahresende ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Im Ausblick auf 2024 macht primär die deutlich optimistischere Einschätzung der Ertragslage Hoffnung. Zudem wird ein höherer Auftragseingang aus dem Inland erwartet.

In der Branchengruppe Gesundheits- und Sozialwesen scheint sich die Lage zu entspannen, nachdem sie in den zwei vorangegangenen Wirtschaftsumfragen jeweils zu jenen Branchen mit der ungünstigsten Entwicklung des Geschäftsjahres gehört hatte. Gerade in der Zeit der Corona-Pandemie haben Überlastung und akuter Personalmangel stark dazu beigetragen, dass sowohl der Rück- als auch der Ausblick negativ ausgefallen sind. In der aktuellen Wirtschaftsumfrage wird hingegen von einer guten Entwicklung des vergangenen Geschäftsjahres berichtet. Damit befinden sich die beiden Branchengruppen im oberen Mittelfeld der Verteilung. Insbesondere der Gesamtumsatz 2023 hat sich im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt. Positiv kann zudem gewertet werden, dass sich die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf Gesundheitsthemen seit der Corona-Pandemie verstärkt hat; dies bestätigt auch der Global Health Care Outlook 2023 von Deloitte. Damit ist die Branche in den Fokus gerückt und es wurde auf breiter Linie diskutiert, wie die Berufe attraktiver gemacht werden können, denn ein sich weiter verschärfender Fachkräftemangel könnte fatale Folgen haben. Die Branchengruppe hat nach wie vor mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Dies bestätigen auch die Rückmeldungen zu den Sonderfragen: Weniger als ein Prozent der gewichteten Rückmeldungen berichten, nicht vom Arbeitskräftemangel betroffen zu sein. Immerhin haben die Betriebe bereits eine Vielzahl von Massnahmen in Kraft gesetzt, um die Situation zu verbessern.

Die Bemühungen, die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu beschleunigen, werden weiter vorangetrieben. Erwähnenswert ist dabei das Programm zur Förderung der digitalen Transformation (DigiSanté) des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), welches zum Ziel hat, die Effizienz im Gesundheitssystem zu steigern und dabei auch die Behandlungsqualität und die Patientensicherheit zu erhöhen. Ein weiterer Meilenstein in der Gesundheitspolitik wurde mit EFAS, der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen, erreicht.

Schweizweit befindet sich der Arbeitsmarkt noch in guter Verfassung, auch wenn sich verstärkt Anzeichen einer Abkühlung bemerkbar machen. Vor diesem Hintergrund ist gemäss den Raiffeisen-Experten aktuell nirgends mit grossflächigen Entlassungen zu rechnen: Während im angeschlagenen Industriesektor nur vereinzelt ein Stellenabbau geplant ist, geht man im Dienstleistungssektor nach wie vor von einem Beschäftigungswachstum aus. Die Resultate der AIHK Wirtschaftsumfrage 2024 stimmen mit diesen Prognosen überein: Rückblickend wird branchenübergreifend von einer positiven Beschäftigungsentwicklung berichtet, wobei der Zuwachs an vollzeitäquivalenten Stellen im Dienstleistungssektor mit 2,5 Prozent beziffert wird, während dieser im Industriesektor immerhin noch bei 1,9 Prozent liegt. Zukunftsgerichtet sehen die Entwicklungen weniger günstig aus: Während der dritte Sektor mit einem Beschäftigungswachstum von 0,2 Prozent rechnet, berichtet der zweite Sektor sogar von einem Rückgang um 1,3 Prozent. Im Mittel über alle Aargauer Unternehmen resultiert damit aus der Umfrage ein Minus von 0,6 Prozent der Vollzeitstellen.

Stellenabbau scheint wohl unvermeidbar
Nach einem Jahr mit breit abgestütztem Beschäftigungswachstum wird – getrieben vom Industriesektor – für 2024 mit einer rückläufigen Entwicklung gerechnet

Arbeitnehmer mussten 2023 stagnierende Real-löhne hinnehmen
Die branchenübergreifenden Lohnerhöhungen bleiben 2023 leicht hinter der Jahresteu-erung zurück, für 2024 ist eine weitere Nullrunde wahrscheinlich

Der KOF Beschäftigungsindikator verzeichnet im ersten Quartal 2024, ausgehend von einem relativ hohen Niveau, eine leichte Abnahme. Grund dafür sind unter anderem die Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe, in welchem branchenübergreifend mit einem Beschäftigungsabbau gerechnet wird. Eine erfreuliche Entwicklung ist hingegen in allen anderen Branchen zu erwarten. Lediglich im Detailhandel, im Gastgewerbe und bei den Versicherungen ist der Beschäftigungsindikator gegenüber dem Vorquartal leicht gesunken.

Die Aargauer Unternehmen berichten für das abgelaufene Jahr von einer Lohnerhöhung von im Schnitt knapp 2,0 Prozent, was auf Grund der Jahresteu-erung von 2,1 Prozent einem leichten Rückgang der Reallöhne entspricht. Das ungewichtete Resultat der Lohnentwicklung wird mit einem Plus von knapp 1,7 Prozent beziffert. Damit haben kleinere Unternehmen, gemessen an der Anzahl ihrer Mitarbeitenden, die Löhne weniger stark erhöht als grössere Betriebe. Für 2024 kann branchenübergreifend mit einer Durchschnittslohnerhöhung von 1,7 Prozent gerechnet werden, was bei einer Inflationsprognose von 1,8 Prozent im besten Fall einer Nullrunde entspricht. Schweizweit liegt die Lohnentwicklung für 2024 gemäss der jährlichen Lohnumfrage der UBS bei 1,9 Prozent. Damit ist nicht zu befürchten, dass sich der Rückgang der Inflation verlangsamt oder gar erneut ein Inflationsschub droht.

Nach den exorbitanten Ausschlägen der Gas- und Strompreise im Winter 2022 war diese Problematik auch im vergangenen Jahr ein vieldiskutiertes Thema, auch wenn eine vergleichbare Entwicklung glücklicherweise ausblieb. Ob die Schweiz gut durch den Winter kommt, hängt einerseits vom Wetter ab, andererseits sind die Erdgaslager in Europa – die Schweiz hat selbst keine – von zentraler Bedeutung. Denn Gaskraftwerke werden primär dafür eingesetzt, die Spitzen beim Strombedarf zu decken und haben damit grossen Einfluss auf den Strompreis. Dementsprechend spielt die Gasversorgung eine entscheidende Rolle. Dank der zum Beginn des Winters 2023 vollen Lager in Europa ist die Gefahr eines plötzlichen, extremen Preisanstiegs tief.

Bei den Auswirkungen der Energiepreissteigerungen im Jahr 2024 droht glücklicherweise nur für weniger als ein Prozent der Teilnehmenden existenzielle Gefahr. Die einzigen Unternehmen, welche eine Überschuldung auf Grund der aktuellen Gegebenheiten auf dem Energiemarkt für möglich halten, gehören der schon gezeichneten Metallindustrie an. In dieser Branche rechnen 16,3 Prozent der Teilnehmer damit, dass die Energiepreissteigerungen ein potenziell existenzielles Problem darstellen. Zudem berichten weitere 13,6 Prozent, dass ihre Liquidität aufgrund der Energiepreissteigerungen gefährdet ist. Zu den weiteren Branchen, welche um die Liquidität des Unternehmens besorgt sind, zählen die Herstellung von Textilien, Bekleidung und Lederwaren sowie das Baugewerbe und das Grundstücks- und Wohnungswesen. Damit ist die Gefahr im zweiten Sektor deutlich präsenter als im dritten; sektorübergreifend fürchten dort 6,9 Prozent der teilnehmenden Firmen um ihre Liquidität. Aus dem Dienstleistungssektor beurteilt kein Teilnehmer der Wirtschaftsumfrage die Energiepreissteigerungen als existenzbedrohend, und nur ein vernachlässigbarer Anteil sieht dadurch die Liquidität als gefährdet.

Die grosse Mehrheit der Betriebe aus fast allen Branchen beurteilt die Lage als nicht existenzbedrohend, jedoch ist für sie ein Mehraufwand nötig, um den Energiepreissteigerungen entgegenzuwirken. Am wenigsten von den hohen

Energiepreisen belastet sind Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor, allen voran die Branche Information und Kommunikation, gefolgt vom Grundstücks- und Wohnungswesen sowie den Finanz- und Versicherungsdienstleistern. Auch viele Architektur- und Ingenieurbüros und sonstige wirtschaftliche Dienstleister

Abb. 12
Welche Massnahmen aufgrund der Energiepreissteigerungen/einer möglichen Mangellage planen Sie oder welche Massnahmen haben Sie bereits getroffen?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Investitionen in Energieeffizienz	Notstromaggregate (Beschaffung, Erweiterung)	Investition in eigene Energieproduktion (bspw. PV-Anlagen)	Betriebliche Anpassungen in Energieeffizienz	Umstellung von Zweistoffanlagen von Gas auf Öl	Anlegen von Energiereserven (Beschaffungsverträge, eigene physische Reserven)	Keine Massnahmen getroffen oder geplant	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	9	0	88	92	0	9	3	9
Detailhandel	80	0	0	82	0	0	49	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	39	0	59	52	0	24	14	0
Unternehmensdienstleistungen	4	42	43	63	0	0	36	42
Papierherstellung	93	0	99	99	92	0	0	0
Herstellung von sonstigen Waren	93	5	15	87	0	0	2	0
Chemie und Pharma	100	0	91	66	0	58	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	78	0	78	71	0	0	18	0
Metallindustrie	60	4	63	27	31	4	10	16
Elektroindustrie	90	85	91	92	0	0	7	0
Maschinenbau	81	9	70	6	8	45	16	1
Architektur- und Ingenieurbüros	30	0	16	15	0	0	44	0
Energieversorgung	68	41	67	39	0	31	10	26
Baugewerbe, Bau	39	9	58	51	10	0	13	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	29	1	31	63	4	6	31	11
Verkehr und Lagerei	67	10	0	3	0	0	24	0
Information und Kommunikation	92	92	95	96	0	0	4	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4	0	0	14	0	0	86	0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	12	21	0	14	0	0	66	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	49	33	36	47	0	49	46	16
Gesundheits- und Sozialwesen	92	39	4	7	0	0	0	4
TOTAL SEKTOR 2	78	32	64	62	6	12	8	4
TOTAL SEKTOR 3	64	35	22	33	0	1	21	7
TOTAL AARGAU	71	33	44	48	3	7	15	5

Die Energiekrise ist noch nicht ausgestanden

Nach 2022 ist für die grosse Mehrheit der Betriebe auch im vergangenen Jahr ein Mehraufwand unumgänglich, um den Energiepreissteigerungen Herr zu werden

sowie Teile des Baugewerbes leiden nicht besonders unter den hohen Energiepreisen. Mehrere Unternehmen merkten zudem an, dass sie die Stromkosten an die Kunden weiterverrechnen können, was das Problem allerdings nur verlagert.

Welche der Massnahmen bevorzugt wurde, um den Energiepreissteigerungen im Jahr 2023 zu begegnen, ist von Branche zu Branche verschieden. Bei den Teilnehmern der diesjährigen Wirtschaftsumfrage gehören Investitionen in die Energieeffizienz zur meistgenannten Massnahme, wobei mit 78,3 Prozent deutlich mehr Unternehmen aus dem Industriesektor von dieser Massnahme Gebrauch gemacht haben oder diese planen, als aus dem Dienstleistungssektor (63,7%). Die Eigentumsverhältnisse der Immobilien können dafür ein Grund sein: Die meisten Industriebetriebe besitzen ihre Liegenschaften, was die Investitionen in die Energieeffizienz einfacher gestaltet als für Dienstleister, welche mehrheitlich eingemietet sind. Kaum von dieser Massnahme Gebrauch gemacht haben einzig Betriebe aus den Branchen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Unternehmensdienstleistungen sowie Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln und Getränken.

Zu weiteren, verbreiteten Mitteln gehören betriebliche Anpassungen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die Investition in die eigene Energieproduktion, wozu unter anderem das Betreiben von PV-Anlagen gehört. Beide Massnahmen wurden vorwiegend von Unternehmen aus dem Industriesektor vorgenommen, während nur 8,5 Prozent berichten, keine Massnahmen getroffen oder geplant zu haben. Demgegenüber berichten 20,7 Prozent der Betriebe aus dem Dienstleistungssektor, keine Massnahmen getroffen oder geplant zu haben. Das Anlegen von Energiereserven über Beschaffungsverträge oder durch eigene physische Reserven haben insgesamt 6,8 Prozent der Betriebe vorgenommen. Allen voran ist diese Massnahme in der Chemie- und Pharmaindustrie, dem Grundstücks- und Wohnungswesen sowie dem Maschinenbau verbreitet.

Im Vergleich zu den Resultaten aus der Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr hat aktuell ein leicht höherer Anteil in beiden Sektoren keine Massnahmen getroffen oder geplant, was wahrscheinlich auf die weniger akute Lage auf dem Energiemarkt zurückzuführen ist. Die Umstellung von Zweistoffanlagen von Gas auf Öl war im Vorjahr mit insgesamt 30 Prozent deutlich weiter verbreitet als heute. Auch diese Entwicklung ist wenig verwunderlich, ist wohl der Grossteil der Zweistoffanlagen bereits im Vorjahr umgestellt worden und seither wird auf Gas verzichtet. Einzig Investitionen in die Energieeffizienz sowie die Beschaffung und/oder Erweiterung von Notstromaggregaten wurde in der diesjährigen Umfrage häufiger umgesetzt oder geplant als noch im Vorjahr. Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass einige Optimierungen schon im Vorjahr geplant oder bereits umgesetzt wurden und somit der Handlungsbedarf im aktuellen Jahr abgenommen hat.

Die Arbeitslosenquote über das ganze Jahr 2023 wird mit 2,0 Prozent beziffert und liegt damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert von 2022. Eine noch tiefere Arbeitslosenquote wurde letztmalig im Jahr 2001 gemessen. Auf Grund der schwachen Wirtschaftsdynamik hat die Arbeitslosenquote über die letzten Monate – ausgehend von einem historisch tiefen Niveau – jedoch leicht zugenommen. Im Januar 2024 kam sie bei 2,5 Prozent zu liegen, was einer Zunahme

um 0,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vormonat entspricht. Damit hat sich der Arbeitskräftemangel zumindest kurzfristig leicht entschärft. Nichtsdestotrotz bekunden die meisten Betriebe weiterhin Mühe, offene Stellen zu besetzen. Damit einher geht eine Vielzahl von negativen Auswirkungen für Mitarbeitende und Unternehmen.

Abb. 13
Welche Auswirkungen hat der Arbeitskräftemangel auf Ihr Unternehmen?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Mehrbelastung/Überlastung vorhandener Mitarbeiter	Personalkosten steigen	Personalfuktuation steigt	Aufträge müssen abgelehnt werden	Einschränkung des Angebots/ Sortiments	Tätigkeiten werden ausgelagert	Wettbewerbsfähigkeit sinkt	Innovationsfähigkeit sinkt	Wir sind nicht vom Arbeitskräftemangel betroffen	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	5	5	83	0	0	0	0	0	12	0
Detailhandel	77	79	44	0	0	0	0	0	21	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	64	46	24	0	0	19	39	64	14	0
Unternehmensdienstleistungen	73	94	14	12	0	8	22	0	4	0
Papierherstellung	0	92	0	0	0	0	92	0	8	0
Herstellung von sonstigen Waren	91	96	4	0	0	5	7	0	0	0
Chemie und Pharma	91	66	91	34	0	34	66	58	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	64	64	15	19	0	0	13	19	23	0
Metallindustrie	63	76	41	1	0	33	38	23	15	6
Elektroindustrie	92	95	89	7	5	2	4	9	1	0
Maschinenbau	91	41	5	2	3	60	3	47	3	0
Architektur- und Ingenieurbüros	76	80	10	30	0	9	0	0	11	0
Energieversorgung	100	64	48	10	0	59	0	26	0	0
Baugewerbe, Bau	66	65	50	24	2	0	11	13	3	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	57	86	48	2	6	23	1	6	14	1
Verkehr und Lagerei	70	77	86	0	0	0	0	0	4	0
Information und Kommunikation	94	2	1	1	0	2	92	92	1	3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	18	17	0	5	4	0	0	6	71	11
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	84	65	44	6	0	6	22	0	3	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	62	62	12	30	30	34	0	0	24	0
Gesundheits- und Sozialwesen	99	99	61	4	0	0	35	3	1	0
TOTAL SEKTOR 2	83	78	42	6	2	21	12	18	4	1
TOTAL SEKTOR 3	81	71	39	4	1	4	31	14	11	1
TOTAL AARGAU	82	74	41	5	2	13	21	16	7	1

Nur gerade 7,2 Prozent der Teilnehmer der Wirtschaftsumfrage sind gemäss eigenen Angaben nicht vom Arbeitskräftemangel betroffen. Dabei fällt der Anteil an nicht tangierten Betrieben im dritten Sektor (11,3%) höher aus als im zweiten Sektor (3,6%). Am positivsten fällt mit 71,2 Prozent die Rückmeldung, nicht vom Arbeitskräftemangel betroffen zu sein, in der Branche Finanz- und Versicherungsdienstleistungen aus. Zu den Branchen, welche am

Abb. 14
Welche Massnahmen verfolgen Sie unternehmensintern, um die Arbeitskräfte-/Fachkräftesituation zu verbessern?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Weiterbildung der Mitarbeitenden	Lehrstellen anbieten	Quereinsteiger/-innen anstellen und ausbilden	Ermöglichen von Teilzeitarbeit	Erhöhung der Pensenen von Teilzeit- arbeitenden/Vollzeit fördern	Arbeitsnehmerattraktivität steigern (Erhöhung Gehälter, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Ermöglichen Homeoffice, etc.)	Digitalisierung/Automatisierung vorantreiben	Beschäftigung älterer Arbeit- nehmer	Keine Massnahmen	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	100	0	12	95	0	12	92	92	0	0
Detailhandel	45	44	48	84	81	79	38	80	16	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	83	32	65	72	22	35	31	81	0	0
Unternehmensdienstleistungen	93	62	64	77	29	89	95	7	1	0
Papierherstellung	98	43	0	98	0	55	55	0	2	0
Herstellung von sonstigen Waren	93	89	15	99	13	97	94	11	0	0
Chemie und Pharma	100	0	58	42	58	34	100	0	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	97	80	66	97	12	85	69	72	0	0
Metallindustrie	84	85	59	69	31	53	57	54	3	5
Elektroindustrie	100	99	87	100	6	94	100	90	0	0
Maschinenbau	93	94	18	87	16	78	93	32	0	0
Architektur- und Ingenieurbüros	59	64	13	96	33	66	33	72	1	0
Energieversorgung	83	83	74	83	73	100	53	83	0	26
Baugewerbe, Bau	88	88	53	66	22	81	93	44	0	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	49	48	86	91	71	83	91	42	1	11
Verkehr und Lagerei	71	67	23	74	0	89	86	0	4	0
Information und Kommunikation	98	93	2	98	95	95	96	4	1	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38	30	14	38	67	38	35	7	1	0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	86	23	50	75	9	72	42	40	2	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	75	75	45	78	30	78	63	45	10	0
Gesundheits- und Sozialwesen	100	99	65	98	95	95	96	99	0	0
TOTAL SEKTOR 2	93	85	52	89	21	83	85	54	1	3
TOTAL SEKTOR 3	90	82	51	86	72	90	83	56	1	1
TOTAL AARGAU	92	84	52	88	45	86	84	55	1	2

Arbeitskräftemangel trotz Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt

Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften belastet die vorhandenen Mitarbeiter und kann zu erheblichen Mehrkosten führen

meisten mit den Auswirkungen des Mangels an Arbeits- und Fachkräften zu kämpfen haben, zählen die Energieversorgung, Herstellung von sonstigen Waren, Chemie- und Pharmaindustrie sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Zu den branchenübergreifend am häufigsten genannten Auswirkungen zählt die Mehrbelastung oder Überlastung der vorhandenen Mitarbeiter sowie die Zunahme der Personalkosten. Zudem ist in vielen Branchen von erhöhter Personalfluktuation die Rede und die Wettbewerbs- und die Innovationsfähigkeit leiden unter dem Arbeitskräftemangel. Dass auf Grund von fehlendem Personal Aufträge abgelehnt werden müssten, ist glücklicherweise nicht häufig der Fall. In den Branchen Chemie und Pharma, Architektur- und Ingenieurbüros sowie Grundstücks- und Wohnungswesen ist es trotzdem fast ein Drittel der Teilnehmer, welche Aufträge hatten ablehnen müssen. Das Auslagern von Tätigkeiten wird vermehrt in den Branchen Maschinenbau und Energieversorgung eingesetzt. Insgesamt wird diese Massnahme im Verarbeitenden Gewerbe deutlich öfter ergriffen als im Dienstleistungssektor.

Mehrfach wurde bei weiteren Folgen des Fachkräftemangels die tiefere Qualität der neu eingestellten Mitarbeitenden genannt. Damit einher geht eine längere und teurere Einführung. Zudem wird die geringere Effizienz des neu eingestellten Personals im Arbeitsalltag genannt, was weitere negative Auswirkungen auf die Produktionszeiten haben kann.

Wie dem Fachkräftemangel Index Schweiz der Adecco Gruppe Schweiz und dem Stellenmarkt-Monitor Schweiz der Universität Zürich zu entnehmen ist, ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 24 Prozent gestiegen. Einerseits hat die rückläufige Anzahl der Stellensuchenden zur Verschärfung des Problems beigetragen, andererseits hat sich die Anzahl der offenen Stellen deutlich erhöht. Dabei fehlen insbesondere Gesundheitsspezialistinnen und -spezialisten, IT-Fachkräfte sowie Fachleute im ingenieurtechnischen Bereich.

Als Reaktion auf den Mangel an Fach- und Arbeitskräften wenden mindestens 80 Prozent aller Teilnehmer aus beiden Wirtschaftssektoren folgende Massnahmen an: Weiterbildung der Mitarbeitenden, Ermöglichen von Teilzeitarbeit, Steigern der Arbeitnehmerattraktivität durch Anreize wie Erhöhung der Gehälter, Flexibilisierung der Arbeitszeiten oder Vereinbarungen zu Homeoffice. Zu weiteren beliebten Massnahmen zählen das Vorantreiben von Digitalisierungs-/Automatisierungsprozessen sowie das Anbieten von Lehrstellen. Nur ein Bruchteil der befragten Betriebe berichtet davon, keine Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitskräfte-/Fachkräftesituation zu treffen. Im Detailhandel sind es immerhin 15,8 Prozent der Teilnehmer, auf die diese Aussage zutrifft und auch in der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen sind es noch knapp 10 Prozent. Die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern wird von mehr als der Hälfte der Betriebe praktiziert, allen voran ist dies in den Branchen Gesundheits- und Sozialwesen, Nahrungs- und Futtermittel, Getränke sowie in der Elektroindustrie verbreitet.

Gemäss Lohnumfrage 2024 der UBS können Unternehmen vor allem mit Arbeitsinhalten, Teilzeitmodellen, Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Remote-Working – gerade bei jüngeren Arbeitskräften – punkten.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeitvorschriften als politische Massnahme wird branchenübergreifend am stärksten unterstützt. Mehr als drei Viertel der Unternehmen aus dem Industrie- und rund zwei Drittel der Betriebe aus dem Dienstleistungssektor schätzen sie als geeignet ein, um den Fachkräftemangel zu lindern. Eine Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes, welches ICT-Betrieben und Dienstleistungsbetrieben in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Treuhand und Steuerberatung mehr Flexibilität beim Einsatz ihrer Mitarbeitenden verschaffen soll, wird zurzeit im Parlament beraten. Diese Lösung wäre zwar noch ausbaufähig, gerade weil die Änderung nur für ganze Betriebe aber nicht für einzelne Funktionen in Kraft treten soll. Dennoch wäre dies aus Sicht der Wirtschaft ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu den weiteren bevorzugten politischen Massnahmen zählt die stärkere staatliche Subventionierung von familienexterner Kinderbetreuung sowie die Erhöhung des Rentenalters. Während erstgenannte im dritten Sektor auf deutlich mehr Sympathie stösst, kommt im Industriesektor die zweitgenannte Massnahme klar besser an. Immerhin 26,4 Prozent der teilnehmenden Unternehmen würde sich für eine Erhöhung der Drittstaatenkontingente aussprechen und damit noch stärker auf die Zuwanderung setzen, um dem Fachkräftemangel Herr zu werden. Die mit 19 Prozent tiefste Zustimmung findet die Lockerung der Zulassungspraxis bei den Drittstaatenkontingenten, die auch Zuwanderern mit tieferen Qualifikationen den Weg zum Schweizer Arbeitsmarkt ebnen soll. Dies ist nicht sonderlich überraschend, denn wie schon die Rückmeldungen zu den Folgen des Arbeitskräftemangels gezeigt haben, leidet die Qualität der Mitarbeitenden bereits unter dem beschränkten Angebot an Arbeitnehmenden.

Der Ansicht, dass keine politischen Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitskräfte-/Fachkräftesituation gebraucht werden, sind nur 16,5 Prozent der Unternehmen, welche an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben. Am stärksten vertreten ist diese Ansicht in den Branchen Herstellung von sonstigen Waren sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Zu einer der meistgenannten anderen Massnahmen zählt die Förderung der Berufslehre respektive des dualen Bildungssystems. Weiter sollen Anreize geschaffen werden, damit sich das Anbieten von Lehrstellen für Betriebe lohnt. Auch der Einbezug von älteren Personen in den Arbeitsmarkt soll gemäss der Umfrageresultate gefördert werden.

Standortqualität im Kanton Aargau

Die überwiegende Mehrheit ist mit dem Unternehmensstandort zufrieden

Die Teilnehmer der diesjährigen Wirtschaftsumfrage erachten den Kanton Aargau als insgesamt guten Unternehmensstandort. Davon zeugen die Antworten zur Bewertung der kantonalen Standortqualität. Rund 16 Prozent beurteilten den Unternehmensstandort als «sehr gut», 66 Prozent als «gut» und rund 17 Prozent noch als «befriedigend». Lediglich rund ein Prozent beurteilt die Standortqualität als «schlecht» und die Beurteilung mit dem Prädikat «sehr schlecht» ist sogar vernachlässigbar klein. Damit fällt die Rückmeldung im Vergleich zum Vorjahr ähnlich aus: Während der Anteil der Rückmeldungen, welcher den Standort aktuell mit «sehr gut» bewertet, im Vergleich zu 2023 um vier Prozentpunkte zugenommen hat, ist der Anteil am Prädikat «gut» um zehn Prozentpunkte zurückgegangen. Der Anteil an Betrieben, welche den Kanton Aargau mit «befriedigend» beurteilen, hat hingegen um 6 Prozentpunkte zugenommen und die Bewertungen «schlecht» und «sehr schlecht» machen wie im Vorjahr einen vergleichbar minimalen Anteil aus.

Abb. 15
Qualität des Unternehmensstandorts Aargau 2023

Quelle: AIHK



Die teilnehmenden Unternehmen aus der Branche Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen zeigen insgesamt die höchste Zufriedenheit mit der Standortqualität, gefolgt von der Herstellung sonstiger Waren und den Unternehmensdienstleistern. Alles in allem bewertet der Industriesektor den Unternehmensstandort minimal besser als der Dienstleistungssektor; die durchschnittliche Beurteilung liegt in beiden Sektoren leicht tiefer als noch im Vorjahr, aber nach wie vor bei «gut». Räumlich differenziert wird in den Bezirken Zofingen, Bremgarten und Brugg die Standortqualität am besten beurteilt. Die tiefste Bewertung wird aus den Bezirken Rheinfelden, Muri und Laufenburg gemeldet.

Insgesamt gilt der Kanton Aargau als attraktiver Wohn- und Unternehmensstandort. Unter anderem belegt er beim Freiheitsindex 2023 von Avenir Suisse den zweiten Platz, knapp geschlagen vom Kanton Appenzell-Ausserrhodens. Der Index berücksichtigt 31 zivile und ökonomische Indikatoren, wobei sich der Aargau insbesondere bei den Faktoren «Dezentralisierung» und «Öffentliche Sicherheit» gegenüber dem Vorjahr verbessert hat. Negativ ins Rating eingegangen sind der relativ hohe Anstieg der Staatsquote und ein höherer Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor. Beim kantonalen Standortqualitätsranking 2023 der Credit Suisse, welches die Attraktivität der Kantone für Unternehmen im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt misst, belegt der Aargau wie im Vorjahr den siebten Platz. Im kantonalen Vergleich fällt beim Standort Aargau primär die Erreichbarkeit der Beschäftigten attraktiver aus. Weiter werden die Komponenten Steuerbelastung natürlicher Personen, Erreichbarkeit der Bevölkerung und Erreichbarkeit von Flughäfen als überdurchschnittlich gut bewertet. Negativ ins Gewicht fällt nur die relativ tiefe Verfügbarkeit von Hochqualifizierten, während die steuerliche Attraktivität für juristische Personen und die Verfügbarkeit von Fachkräften als durchschnittlich eingestuft werden.

Die Beurteilung der Steuerbelastung juristischer Personen im Kanton Aargau fällt wie folgt aus: Knapp ein Prozent der Teilnehmer beurteilt die Steuerbelastung als «sehr gut», rund 39 Prozent als «gut» und mit 52 Prozent immerhin mehr als die Hälfte noch als «befriedigend». Und während 7 Prozent die Steuerbelastung im Standort Aargau als «schlecht» einschätzen, empfindet bloss ein Prozent die steuerliche Situation gar als «sehr schlecht». Damit fallen die Rückmeldungen zur Steuerbelastung leicht besser aus als im Vorjahr. Der Dienstleistungssektor ist mit der Steuerbelastung für Unternehmen leicht zufriedener als der Industriesektor.

Gemäss dem Steuerindex für juristische Personen 2023 der Credit Suisse, welcher die effektive Belastung durch Gewinn- und Kapitalsteuern misst, liegt der Kanton Aargau wie im Vorjahr auf dem 19. Platz. Trotz der leichten Steuersenkung im Rahmen der schrittweisen Abschaffung des Zweistufentarifs, konnte der Kanton Aargau im Ranking keinen Platz gut machen. Ab 2024 ist der letzte Schritt der Abschaffung vollzogen, somit kommt ab dem aktuellen Jahr für alle Unternehmen der gleiche Steuersatz zur Anwendung. Im Rahmen der kantonalen Ausgestaltung der STAF-Steuerinstrumente kennt der Kanton Aargau die maximal zulässigen Abzüge bereits seit 2020, inklusive der Entlastung bei der Besteuerung von Gewinnen aus Patenten (Patentbox) von 90 Prozent und den zusätzlich möglichen Abzügen für Aufwendungen in Forschung und Entwicklung (F&E) von 50 Prozent.

Die per 1. Januar 2024 in Kraft getretene Mindestbesteuerung von grossen, international tätigen Unternehmensgruppen mit einem weltweiten Umsatz von jährlich mindestens 750 Millionen Euro setzt die Steuern auf ihren Gewinn bei mindestens 15 Prozent fest. Da der Kanton Aargau im laufenden Jahr den letzten Schritt zur Abschaffung des Zweistufentarifs vollzogen hat und jetzt eine maximale Gesamtsteuerbelastung von 15,1 Prozent aufweist, wird er für die betreffenden Unternehmen im interkantonalen Wettbewerb wohl weiter an Standortattraktivität gewinnen. Nichtsdestotrotz muss der Kanton Aargau – wie die Schweiz insgesamt – noch vermehrt mit anderen Qualitäten punkten, will er für die betroffenen Unternehmensgruppen als Standort weiterhin attraktiv bleiben.

Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal

Die Rückmeldungen zur Personalverfügbarkeit fallen unerwartet deutlich besser aus als im Vorjahr

Die aktuelle Situation hinsichtlich der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften im Kanton Aargau wird von 49 Prozent der Teilnehmer an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage mehrheitlich als «befriedigend» beurteilt. Während knapp drei Prozent der Teilnehmer das Prädikat «sehr gut» wählten, beurteilen rund 34 Prozent die Situation als «gut». Rund 13 Prozent beurteilen die Verfügbarkeit von Arbeitskräften als «schlecht», ein Prozent gar als «sehr schlecht». Damit fällt die Beurteilung im Vergleich zum Vorjahr merklich besser aus, denn die Prädikate «sehr gut» und «gut» weisen beide einen höheren Anteil an den Rückmeldungen auf als noch im Vorjahr. Am zufriedensten mit der Situation scheint überraschenderweise das Gesundheits- und Sozialwesen, gefolgt von der Elektroindustrie und dem Detailhandel. Die Chemie- und Pharmaindustrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Architektur- und Ingenieurbüros hingegen bekunden bei der Suche nach qualifiziertem Personal Mühe. Sektorenübergreifend beurteilt das Verarbeitende Gewerbe die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitnehmern als weniger gut als der Dienstleistungssektor.

Dass sich die Rückmeldungen im Vergleich zum Vorjahr verbessert haben, überrascht insofern, als dass sich der Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr robust entwickelt hat und der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel in aller Munde zu sein scheint. Für 2024 wird getrieben durch die schwache Konjunkturdynamik zumindest kurzfristig mit einer leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gerechnet. Mittelfristig dürfte sich das Problem auch auf Grund des demografischen Wandels wieder verschärfen.

Methodik

Insgesamt haben 361 von 1331 befragten Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von etwa 27 Prozent. Damit sind rund 29 292 Vollzeitstellen oder knapp 11 Prozent aller Vollzeitstellen im Kanton Aargau (gemäss Statistik der Unternehmensstruktur 2021) repräsentiert.

Für die Auswertung wurden die Antworten nach Anzahl Mitarbeitende gewichtet. Dies hat zur Folge, dass die Einschätzungen von grösseren Firmen mehr Gewicht haben. Das entspricht der Situation im Nationalrat, in dem Kantone mit grosser Bevölkerung mehr Sitze einnehmen als kleine Kantone und dadurch bei Abstimmungen mehr Gewicht haben. Die Unterschiede in der Beurteilung lassen sich am Beispiel der Frage «Allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres» illustrieren: Ohne Gewichtung liegen die Erwartungen der Unternehmen für das Geschäftsjahr 2024 höher. Gewichtet man die Antworten mit der Anzahl Mitarbeitenden, zeigt sich eine bessere Beurteilung. Dies deutet darauf hin, dass kleinere Firmen das Geschäftsjahr positiver beurteilen.

Abb. 16
Überblick teilnehmende Firmen 2024

Quelle: AIHK, BFS, Fahrländer Partner

	Anzahl Vollzeitstellen	Anzahl Firmen
Verarbeitendes Gewerbe, Herstellung von Waren	12 417	118
– davon MEM	7 924	65
– davon Pharma und Chemie	321	5
Handel (Gross- und Detailhandel, inkl. Fahrzeuge)	1 610	43
Baugewerbe	809	13
Finanzsektor	381	12
Information und Kommunikation	1 731	29
übrige Dienstleistungen	2 118	89
Gesundheits- und Sozialwesen	6 595	12
andere (inkl. Teilnehmende ohne Branchenzuordnung)	3 630	45
TOTAL UMFRAGE	29 292	361
Total Vollzeitstellen Kanton AG STATENT 2021 (alle Branchen)	269 423	
Prozentanteil Umfrage an Total	10,9%	

Impressum

Herausgeber

Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK
Entfelderstrasse 11
CH-5001 Aarau
Projekt: Sebastian Rippstein (Projektleitung),
Beat Bechtold, Markus Eugster

Umfrage

Fahrländer Partner Raumentwicklung
CH-8003 Zürich

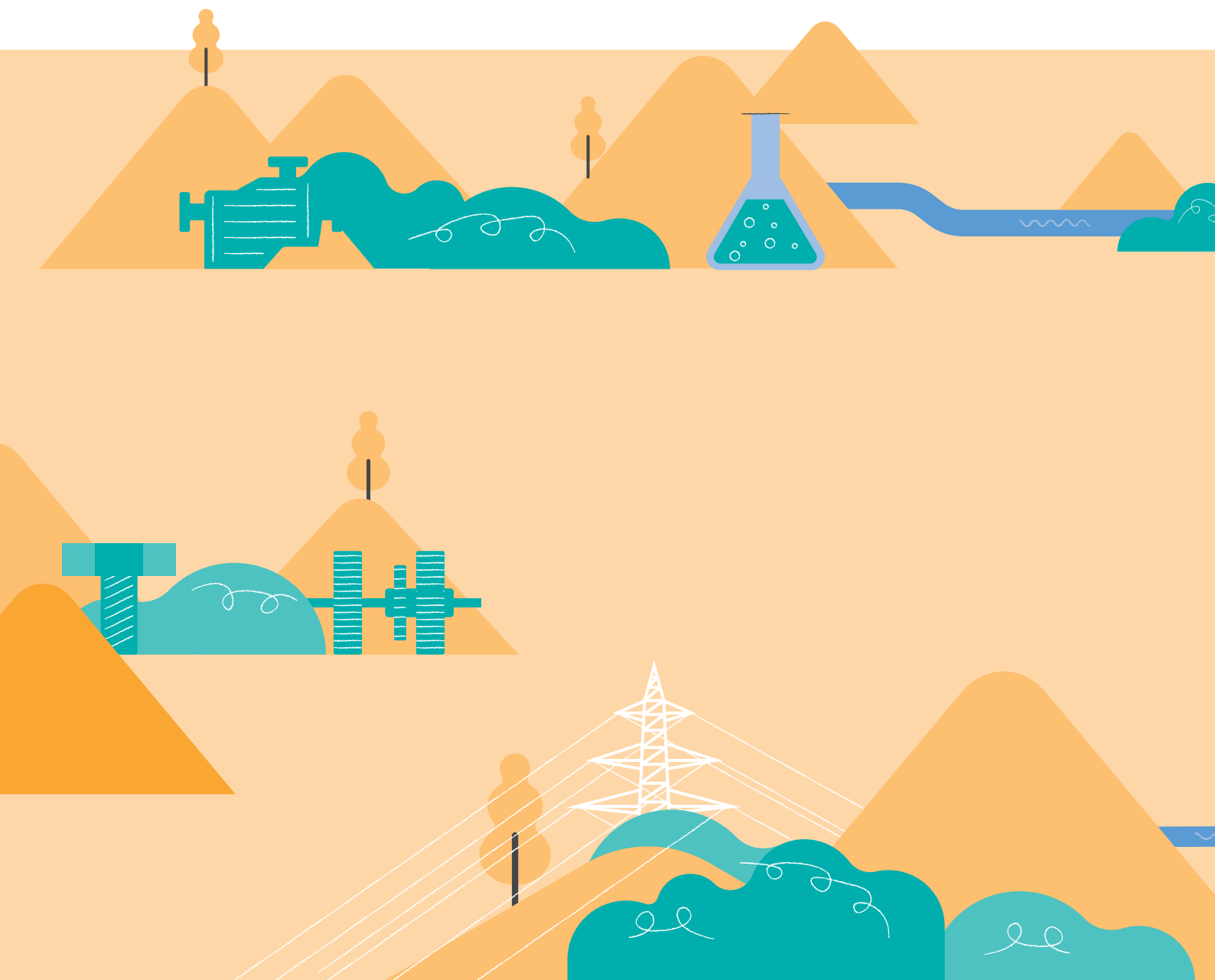
Gestaltung

Kromer Print AG
CH-5600 Lenzburg
Projekt: Monika Frey

Titelbild

Andreas Güntensperger
CH-5400 Baden

www.aihk.ch/wirtschaftsumfrage



GIBT IMPULSE
SEIT 1874



Aargauische Industrie-
und Handelskammer